1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 16 vom 19. April 1985 — 19. Jahrgang — 1 DM

Beileidsadresse des ZK der KPD

Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Liebe Genossinnen und Genossen!
Mit großer Trauer haben wir erfahren, daß Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, gestorben ist.

Im Namen aller Mitglieder und Freunde unserer Partei möchten wir den albanischen Kommunisten, der albanischen Arbeiterklasse und dem ganzen albanischen Volk unser tiefempfundenes Mitgefühl und unsere Solidarität versichern.

Übermittelt bitte auch der Genossin Nexhmije Hoxha und der Familie des Genossen Enver Hoxha unser tiefes Beileid.

Für die Partei der Arbeit Albaniens und für das albanische Volk ist der Tod des Genossen Enver Hoxha ein unermeßlicher Verlust.

Genosse Enver Hoxha war der Gründer der Kommunistischen Partei Albaniens. Er arbeitete maßgeblich die Strategie und Taktik aus, die die albanischen Kommunisten befähigten, das albanische Volk im nationalen Befreiungskampf zum Sieg über die italienischen und deutschen Faschisten zu führen.

Genosse Enver Hoxha führte an der Spitze der albanischen Kommunisten das albanische Volk zur Errichtung und Festigung der Volksmacht. Unter seiner Führung beschritt Albanien den Weg des sozialistischen Aufbaus, gestützt auf die eigenen Kräfte und widerstand erfolgreich dem Druck der Imperialisten, der jugoslawischen, sowjetischen und chinesischen Revisionisten.

Alle Erfolge, die die albanischen Kommunisten und das albanische Volk erreicht haben, das ganze gewaltige Werk der Befreiung und der Schaffung des neuen sozialistischen Albaniens sind untrennbar verbunden mit dem Namen des Genossen Ever Hoxha, der gestützt auf den Marxismus-Leninismus den Entwicklungsweg der albanischen Revolution umfassend analysierte und leitete.

Genosse Enver Hoxha war zugleich ein herausragender Marxist-Leninist unserer Zeit und internationaler kommunistischer Führer. Von ihm geführt, stand die Partei der Arbeit Albaniens an vorderster Stelle des Kampfes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den Titoismus, den sowjetischen und chinesischen Revisionismus.

Unter seiner Führung verwirklichten die Partei der Arbeit Albaniens und die Sozialistische Volksrepublik Albanien eine Politik des proletarischen Internationalismus gegen den Imperialismus, die beiden Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke im Interesse des Kampfes der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker für Befreiung, Frieden und Sozialismus.

Das große theoretische und politische Werk des Genossen Enver Hoxha war und ist auch im Kampf unserer Partei eine wichtige Orientierung.

Genosse Enver Hoxha ist tot. Sein großes Lebenswerk aber, das eine Bereicherung des Marxismus-Leninismus darstellt, wird weiter wirken. Der Kommunismus, für den Genosse Enver Hoxha sein Leben lang kämpfte, wird triumphieren.

Ewiges Andenken dem Genossen Enver Hoxha!
Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Horst-Dieter Koch

USSA?

Ursprünglich sollte Reagan bei seinem Besuch in der Bundesrepublik das KZ Dachau besuchen. Aber diese Idee von deutscher Seite gefiel ihm nicht. Reagan dazu in einer Fernsehpressekonferenz vor einiger Zeit: „Nur sehr wenige Deutsche erinnern sich überhaupt an den Krieg, und sicher waren keine von ihnen damals erwachsen und in irgendeiner Weise daran beteiligt ... Sie haben ein Gefühl, ein Schuldgefühl, das ihnen aufgezwungen worden ist. Ich denke, daß das unnötig ist."

Und weil zu dieser Demokratie, die auch Ronald Reagan gefällt, z. B. gehört, daß maßgebliche Vertreter dieses Staates den 8. Mai als Niederlage und Katastrophe betrauern; weil zu dieser Demokratie auch gehört, daß in den Tagen um den 8. Mai gleich mehrere Treffen von Angehörigen der alten Waffen-SS stattfinden, paßt Reagans eigene Besuchsidee eigentlich auch viel besser ins Bild. Gemeint ist die Idee, den Soldatenfriedhof Bitburg zu besuchen anstelle des KZs in Dachau. Ein Soldatenfriedhof, auf dem auch verschiedene Angehörige der Waffen-SS beerdigt sind.

Am Montag letzter Woche wurde Regierungssprecher Boenisch in einem Fernsehinterview gefragt, ob Kanzler Kohl das mit der Waffen-SS nicht gewußt habe, als der Friedhof Bitburg für den Besuch Reagans ausgesucht worden war. Boenisch antwortete sinngemäß: das sei doch egal. Denn ein Friedhof sei ein Ort der Versöhnung. Deshalb dürfe es keine Rolle spielen, wer in diesen Gräbern liege. Mit anderen Worten: von deutscher Regierungsseite steht einer offiziellen Ehrung von Waffen-SSlern offenbar nichts im Wege.

Warum sollte dem eigentlich auch was im Wege stehen? Wer den Zweiten Weltkrieg vor allem deshalb schlecht findet, weil er verloren wurde, hat natürlich keinen Grund, ausgerechnet der Waffen-SS Vorwürfe zu machen.

Bangemanns Rentenvorschläge: Keineswegs bloße Wichtigtuerei

Privatrente — Wunschtraum der Versicherungen

Von verschiedener Seite aus wird so getan, als sei die Serie von Vorstößen, die führende FDP-Politiker in den letzten Tagen und Wochen unternommen haben, nichts als reine Profilsucht vor einer wichtigen Wahl. Daß dies, bei genauerer Betrachtung, keinesfalls der Fall ist, wird am Rentenvorstoß des FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsministers Bangemann schnell deutlich. Der wesentliche Inhalt seiner Vorschläge ist ein ganz anderer als es in der öffentlichen Darstellung erschien.

Bangemanns nun zurückgezogener Vorschlag sah im wesentlichen so aus: Eine staatlich abgesicherte Grundrente für jedermann, ergänzt durch eine Aufstockung durch gezahlte Beiträge und eine private Versicherung nach Wunsch.

Dieser Vorstoß erzielte zunächst einmal drei völlig unterschiedliche Reaktionen. In den Reihen seiner eigenen Partei erntete Bangemann offenen, massiven Widerspruch, einschließlich der Androhung eines „Aufstandes" durch den Bundestagsabgeordneten Grünbeck. In dasselbe Horn wurde auch bei CDU/CSU gestoßen: Dort witterte man gar die „Einführung der sozialistischen Einheitsrente durch die Hintertür".

Dies war den Stellungnahmen der Regierungsparteien gemeinsam: Der Vorstoß sei unglücklich, weil er zu diesem Zeitpunkt eine erneute „Verunsicherung der Rentner" bedeuten müsse und er beinhalte eben eine Tendenz gegen das „leistungsbezogene Rentensystem". Das aber stehe nicht zur Debatte — so unterstrich es auch Regierungssprecher Boehnisch. Boehnisch betonte, noch vor der nächsten Bundestagswahl werde die Regierung ihre Vorstellungen einer Rentenreform darlegen — deren Substanz aber werde es sein, das gegenwärtige System beizubehalten und zu sichern und nicht, es zu verändern.



Fortsetzung auf Seite 2

Partnerland Türkei auf der Hannover Messe

Özal raus!

Kommt zur Protestdemonstration

Am Samstag, dem 20. April wird in Hannover demonstriert: Ausgerechnet die Aufwertung des türkischen Regimes ist zentrales Anliegen der diesjährigen Hannover Messe. Kein Wunder: Bundesdeutsche Konzerne, in der Messe AG stark vertreten, gehören zu den Hauptnutznießern der Diktatur in Ankara.

Auch die SPD-Stadt Hannover (wie Niedersachsen Großaktionär der Messe AG) billigt, wie auch das Land, diese Aufwertung — die bereits seit vier Jahren vorbereitet wurde, also längst bevor das Schauspiel einer angeblichen Demokratisierung der Türkei inszeniert war.

Özal wird sowohl als „Vertreter der ausländischen Aussteller" sprechen wie auch die türkische Industrieausstellung eröffnen. Neben einem Treffen mit Kohl im Vorfeld, bei dem es um bundesdeutsche Panzerproduktion in der Türkei steht, ist der Höhepunkt von Özals Besuch in der BRD seine Rede vor einem gemeinsamen Seminar von BDI und DIHT, in der er den Kapitalisten die weiteren Investitionsmöglichkeiten in der Türkei anpreisen soll.

Dabei wird das Anpreisen der Türkei als Billiglohnland im Mittelpunkt stehen — erst recht, nachdem die türkische Junta (immer noch die entscheidende Macht) die Gewerkschaftsbewegung jahrelang blutig unterdrückt hat.

Mit Billigung des türkischen Konsulats und der Stadt Hannover soll zu selben Zeit, da die Antifaschisten zur Protestdemonstration aufgerufen haben, auch eine Demonstration verschiedener rechter Organisationen, einschließlich der Grauen Wölfe stattfinden.

Zum Protest ruft eine breite Aktionseinheit verschiedenster Organisationen auf, darunter auch unsere Partei.

Nieder mit dem türkischen Militärregime!
Schluß mit der Unterstützung Bonns für die Diktatur!

Demonstration

Samstag, 20. April, 11.00 Uhr
Abmarschort: Freizeitheim Döhnen
Abschluß am Messegelände
(Siehe auch Pinwand Seite 13)

SPD: NRW-Tag
Viele Versprechungen — nichts Konkretes

Auch der Regen konnte sie nicht abhalten: Ob es nun 150000 waren oder doch einige weniger, sei dahingestellt, es waren jedenfalls sehr viele, die da zum Auftakt des Wahlkampf-Endspurts der SPD nach Dortmund gekommen waren. Es war ausgesprochen nicht der Tag politischer Programme oder Stellungnahmen, sondern es war ein Tag, der dazu dienen sollte, die eigene Partei zu mobilisieren.

Auffallend: Neben Willy Brandt gab es den meisten Jubel um Oskar Lafontaine — in einem SPD-Bezirk immerhin, der noch vor kurzer Zeit Hochburg der Gegner des neuen Ministerpräsidenten an der Saar war.

„Wir werden gewinnen, wir können gewinnen" dieser Tenor in allen Beiträgen war das Entscheidende dieses Tages. Daß Johannes Rau dabei erneut unterstrich, er wolle keine Koalition, kostet ihn wenig. Denn konkret geht es ja nicht um die Möglichkeit einer Koalition zwischen SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag, sondern um ihre Tolerierungsvariante — und dazu sagt Rau nichts.

An politischen Inhalten gab es nur immer wieder die Aufforderung, am 12. Mai, dem Wahltag, gegen die CDU/FDP-Regierung in Bonn zu stimmen, also für die SPD, um aus dem Land ein „Bollwerk gegen die Wendepolitik" zu machen und, zusammen mit den Wahlen in Niedersachsen nächstes Jahr, für eine SPD-Mehrheit im Bundesrat zu sorgen. Wer gehofft hatte, hier werde denn endlich gesagt, was dieses Bollwerk nun sein soll, der fand sich abermals enttäuscht.

Neben dem „organisierten Optimismus" war die einzige Neuerrungenschaft dieses NRW-Tages der Jubel um die Losung „Aufschwung — nur mit allen Bürgern" (der kurzfristig als Antwort auf den CDU-Slogan „Aufschwung. Nur mit uns" veröffentlicht worden war), der natürlich eine Alternative zum Aufschwung der Profite durch Kohl und Co. signalisiert, aber dies wie stets in der Tradition der Schmidtschen Regierungspolitik tut. Konkretes wurde auch dazu nichts gesagt — es blieb bei Versprechungen und Appellen an Gefühle.

Hauen für den Wahlsieg?

Eine Sorge war es, die auf dem NRW-Tag der SPD am Samstag in Dortmund immer wieder geäußert wurde: Die CDU könnte irgendwie noch „ein Ding bringen", das den Wahlkampfverlauf verändere. Geht es weiter wie bisher, so der SPD-Ton unisono, dann werde es auf keinen Fall für eine CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf reichen. Aber eben, wenn die CDU noch „ein Ding" habe, dann...

„Ein Ding" — es wurde auch gesagt, was damit gemeint ist. Thema „Innere Sicherheit". Attentate von Libyern, an denen sich Bundes- und Landesregierung die Schuld zuschieben, gab es schon, es muß etwas größeres sein. Sprich: „Zwischenfälle" beim Wirtschaftsgipfel in der Woche vor dem Wahltermin. SPD-Innenminister Schnoors Gedankenspiele dazu: Wenn es zu „Gewalttätigkeiten" komme, wie anläßlich der Bush-Demonstration in Krefeld, dann habe die CDU ihr Thema.

Es war ja schon bei den ganzen Auseinandersetzungen um die verschiedenen Aktionen an jenem ersten Maiwochenende klar geworden, daß die SPD ganz massiv darauf aus war und ist, Demonstrationen gegen Reagan zu verhindern. Gerade dieser Tage haben die Jusos offiziell erklärt, sie würden bei den geplanten Aktionen nicht mitmachen (mit der Begründung, dies seien Wahlkampfaktionen für die Grünen; beim Ostermarsch hatten sie die Wahlkampfaktionen der Friedensliste als Grund für Aussteigen genannt — an beiden Vorwürfen ist sicher etwas dran, aber gerade die SPD und ihre Jusos brauchen sich nun darüber wirklich nicht zu beklagen). Die Verweigerungsfront der SPD steht also.

Die Überlegungen von Schnoor in seiner Eigenschaft als Polizeiminister geben aber Anlaß zu weiteren Überlegungen auch von anderer Seite aus. Wenn Schnoor die Gefahr militanter Aktionen sieht, wenn er weiter heute bereits öffentlich davor warnt und sie auch noch eine Gefährdung der Siegchancen der SPD nennt, dann ist mit einiger Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß er, konsequenterweise, auch praktisch Abhilfe vorbereitet.

Und wie kann sich die SPD davor wappnen, daß ihr die CDU als bessere Ordnungspartei Stimmen wegnimmt? Und wie kann die SPD vielleicht gar verhindern, daß ein ganz und gar unfreundlicher Empfang für Reagan zustande kommt? Die Konsequenz liegt zumindest nahe, daß der Herr Polizeiminister da entsprechende Vorbereitungen über das übliche — riesige — Maß noch hinaus treffen wird. Die Polizei mobilisieren unter der Losung „Hauen für den Wahlsieg" zum Beispiel...

Neben diesen Polizeiüberlegungen kann man eine weitere Behauptung, die in Schnoors Ausführungen unausgesprochen beinhaltet war, gar nicht genügend hervorheben: Die freche Unterstellung, wer gegen Reagan und Co. demonstriere, betreibe Wahlkampf für die CDU. Das ist aber doch eher die Rolle derer, die eine Aktion gegen den Gipfel verhindern wollen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Die Privatrente — Wunschtraum der Versicherungskonzerne

Fortsetzung von Seite 1

Als Fazit des Echos aus diesem Spektrum bleibt also, daß die CDU/CSU und FDP sich einig sind über eine sogenannte Rentenreform, daß diese „Reform" auf jeden Fall die vielgepriesene Leistungsbezogenheit verteidigen (und wohl auch ausbauen) soll.

Nachdem aber bereits der Vorstoß des FDP-Sekretärs Haußmann für untertarifliche Bezahlung nach erster gespielter Empörung in der CDU Nachahmer gefunden hat, erscheint es keineswegs so ausgeschlossen, wie getan wird, daß weitere Vorstöße in dieser Richtung auch aktuell möglich erscheinen.

Von Seiten der SPD und des DGB wurde im wesentlichen kritisiert, daß Bangemanns Vorschläge eine Teilprivatisierung der sozialen Rentenversicherung bedeuten würden — eine in der Tat zutreffende Feststellung. Dabei wurde es aber weitgehend belassen. Was einzelne SPD-Abgeordnete dem hinzuzufügen hatten, gereichte ihnen wenig zur Ehre. Keiner war darunter, dem die Äußerungen Bangemanns Anlaß gewesen wären, Alternativen zu einer Rentenreform à la Blüm und Co. darzustellen.

Am seltsamsten sicherlich die Reaktion der Grünen: Sie begrüßten Bangemanns Vorstoß als ihren Positionen nahestehend. Da liegt zunächst einmal der Schluß nahe, daß die Grünen als Erste auf Bangemanns Trick hereingefallen sind, die Privatisierung mit einer Grundrente zu verbinden. Ob mehr dahinter steckt, etwa eine Variante der These der „kleinen Netze" im sozialen Leben, wird sich noch erweisen müssen, dann wäre in der Tat inhaltliche Nähe gegeben.

Denn: Bangemanns Vorschlag ist keineswegs vor allem durch eine mögliche Einführung eines Grundrentenbetrags charakterisiert. Vielmehr hat dieser Vorstoß in zweierlei Hinsicht eine ganz andere Bedeutung. Seine Verwirklichung würde bedeuten, daß ein alter Wunsch der Versicherungskonzerne endlich in Erfüllung geht: Die private Rente würde als gleichberechtigter Bestandteil des Rentensystems Wirklichkeit, ein Markt für große Geschäfte täte sich auf — und ein Mittel zur weiteren Einkommensdifferenzierung zugunsten all jener, die sich eine teure Privatversicherung leisten können.

Zweitens würde die Verwirklichung dieses Vorschlags auch bedeuten, daß jede Debatte über Veränderungen in der Finanzierung des Rentensystems hinfällig wäre, weil es über das Steueraufkommen geschehen würde. Und so Summen hereinkämen, die noch mehr zur Disposition der Regierung stehen würden als bisher.

Aber gerade weil Bangemanns Vorschlag so sehr den seit langem vertretenen Forderungen der Versicherungskonzerne entspricht, sollte man sich hüten, ihn als reine Wahlkampftaktik darzustellen — das ist er sicher auch, aber sicher nicht nur. Überlegungen in diese Richtung gibt es auch im Ministerium Blüm, dessen Chef jetzt so lauthals losschimpfte, seit längerem. Seit dem Zeitpunkt als deutlich wurde, daß bei hochbleibender Arbeitslosenquote auch eine Gegenreform des Rentensystems die sich auf die Umstellung auf Nettolohnbezug beschränkt nicht ausreicht.

Das ist die grundsätzliche Bedeutung dessen, was Bangemann vortrug. Daß dabei noch andere Fragen bestehen, ist klar, zum Beispiel diese: An eine wie hohe Grundrente ist in einem Modell gedacht, das noch zweimal aufgestockt werden muß? Solche Fragestellungen sind aber nebensächlich angesichts der Notwendigkeit der Ablehnung des ganzen Konzeptes.

Wobei die Kommunisten, wenn die Frage, sei es auch aus durchsichtigen Gründen, schon gestellt wird, natürlich voll und ganz für die so viel geschmähte sozialistische Einheitsrente sind — sicher und ausreichend im Gegensatz zum heutigen Zustand.

Freund/Feind-Streit
Wörner: Ende einer Karriere?

Was verschiedene Skandale nicht vermochten, das Amt des Herrn Wörner als Minister anzukratzen, könnte jetzt als Ergebnis einer mangelnden Interessenvertretung zustande kommen. Kohl beschwert sich, Siemens beschwert sich über seinen Sprecher Strauß, die USA bleiben stur: es geht um den Ankauf eines Freund/Feind-Erkennungssystems.

Wörner hatte bekanntlich in den NATO-Gremien zugestimmt, daß ein amerikanisches System eingekauft würde. Das Echo: Lauthals wurde lamentiert, Siemens habe ein viel besseres System entwickelt, das die NATO nur aus US-amerikanischen Machtgründen nicht ankaufen würde.

Diese Vorgänge, die jetzt ihren bisherigen Höhepunkt darin fanden, daß Kohl erklären ließ, er sei von Wörners Zustimmung für die US-Produktion nicht informiert gewesen, sind in zweierlei Hinsicht ein Lehrbeispiel über das, was seit Monaten als „Forschungspolitik" und „Zusammenarbeit" im Zusammenhang mit dem „Krieg der-Sterne-Projekt" in die Öffentlichkeit getragen wird.

Selten wurde so deutlich wie in dieser aktuellen Auseinandersetzung, daß es nicht um Forschungspolitik oder sonstige hehre Ziele geht, sondern schlicht und ergreifend ums Geld, ums verkaufen nämlich. Siemens und sein Strauß sind nicht etwa sauer, weil sie umsonst geforscht hätten, sondern weil sie nun den großen Kies nicht einstreichen können, den sie sich erhofft hatten. Daß da blanke US-Machtpolitik betrieben wurde — dieser Vorwurf stimmt wohl. Daß es ihnen leid tut, daß sie es ihnen nicht genauso machen können, ist in allen Stellungnahmen unüberhörbar.

Das bedeutet aber auch, daß alle großspurigen Worte von künftigen gemeinsamen Projekten bezüglich Kriegsführung im Weltraum nichts mit den wirklichen Verhältnissen zu tun haben. Daß es auch dort nicht um Partnerschaft geht, sondern um Konkurrenz und auch — schon gar nicht — um Forschung, sondern um Profite.

Und ein Minister, der nicht in der Lage ist, diese für einen der größten Konzerne der BRD zu garantieren — da stellt sich schon die Frage, ob der für sein Amt noch tauglich ist, da muß sich der Bundeskanzler, der Wörner bisher in allen Stürmen gehalten hat, denn doch schon mal vorsichtig davon distanzieren.



Freund oder Feind? — Oder war etwas anderes gemeint?

Bekanntmachung des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, des Präsidiums der Volksversammlung der SVR Albanien, des Ministerrats der SVR Albanien, des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens

Genossen, Kommunisten, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Intellektuelle, Frauen und Jugendliche Albaniens, Kriegsveteranen und Landsleute,

in tiefer Trauer und tiefem Schmerz teilen wir euch mit, daß heute, am 11. April 1985 um 2.15 Uhr das Herz des geliebten und ruhmreichen Führers der Partei und des Volkes, Genossen Enver Hoxha, 1. Sekretär des ZK der PAA, Vorsitzender des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens, Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu schlagen aufhörte.

Der Begründer unserer ruhmreichen Partei, der Organisator und Führer der Nationalen Befreiungsarmee und unserer Volksrevolution, der Architekt des Aufbaus des neuen sozialistischen Albaniens, ist von uns gegangen. Der heroische Kommandeur unserer nationalen Befreiungsarmee, der die demokratische Front gründete und die Fundamente der Volksmacht legte, hat seine Augen für immer geschlossen.

Das Leben und Werk des Genossen Enver Hoxha ist die lebendige Geschichte des heutigen Albaniens. Sein Name ist mit allen Klassenschlachten und Siegen der Partei und des albanischen Volkes verbunden. In allen Etappen, die unser Volk seit den Gründungstagen der Partei bis heute durchgemacht hat, zu jedem Zeitpunkt, an dem die Geschicke des Vaterlandes bestimmt wurden, ist sein Denken und seine Persönlichkeit stets anwesend gewesen. In allen Schlüsselmomenten, in denen der Weg und der Kampf ausgewählt wurden, den man gehen und führen mußte, ist seine Führung und seine Leitung entscheidend gewesen.

Als ein überzeugter Revolutionär und ergebener Partiot war Enver Hoxha der erste unter den albanischen Kommunisten, der die große historische Notwendigkeit der Gründung der kommunistischen Partei, des einzigen fähigen Stabes, verstand, um das Volk zu vereinigen und dessen Kampf zur Befreiung Albaniens und für die Errichtung der Volksmacht zu führen.

Ihm gehört das große historische Verdienst, in den schwersten Momenten der faschistischen Besatzung und Unterdrückung und des nationalen Verrats der alten politischen Kräfte diesen Staat gegründet, ihn organisatorisch gefestigt und politisch erzogen zu haben. Er war derjenige an der Spitze der Partei, der in heftigen Kämpfen mit äußeren und inneren Feinden, mit Opportunisten und Fraktionisten die politische Generallinie des nationalen Befreiungskampfes plante und ausarbeitete, der die Wege für den Sieg vom 29. November 1944 fand und festlegte.

Unter der Führung des Genossen Enver Hoxha realisierte die Partei die Vereinigung des albanischen Volkes in der nationalen Befreiungsfront. Er war der Initiator und Organisator der historischen Konferenz von Pesa. Zum ersten Mal stellte unser Volk die Kampfeseinheit auf der Grundlage einer Plattform her, die seine wahren nationalen Wünsche und Bestrebungen zum Ausdruck brachte. Es war diese Einheit, die den brutalen Kräften der faschistischen Besatzer und Landesverräter standhielt.

Genosse Enver Hoxha ist der unmittelbare Organisator der nationalen Befreiungsarmee. Unter seinem Kommando kämpften unsere ruhmreichen Partisanen mit einem beispiellosen Heroismus innerhalb und außerhalb der Grenzen Albaniens und befreiten mit der Unterstützung der patriotischen Kräfte des ganzen Volkes unser geliebtes Vaterland.



Der Schaffung der Volksmacht und des neuen albanischen Staats, die im Feuer des nationalen Befreiungskampfes entstanden, liegt das revolutionäre Denken und die führende Tätigkeit des Genossen Enver Hoxha zugrunde. Unter seiner Fürsorge und gemäß seinen Lehren wurden die Volksräte zu einer starken Waffe der Diktatur des Proletariats, der Massendemokratie und des sozialistischen Aufbaus. Genosse Enver Hoxha arbeitete das Programm der großartigen Umgestaltungen und des Aufbaus der neuen sozialistischen Gesellschaft aus. Unter der Führung der Kommunisten und mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze wurden die siegreichen Schlachten für die Industrialisierung durchgeführt, all diese monumentalen Werke gebaut, die dem Land die neue Arbeiterklasse und eine gewaltige Basis für die allseitige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung schenkten.

Gestützt auf den Marxismus-Leninismus und die Kenntnis der jahrhundertealten Leiden und Bestrebungen unserer patriotischen Bauernschaft erteilte Genosse Enver Hoxha die Grundorientierung für die Kollektivierung und Modernisierung der Landwirtschaft. In der heutigen Realität des genossenschaftlichen Dorfes zeigt sich klar die Richtigkeit des von der Partei festgelegten Wegs.

Genosse Enver Hoxha führte die Partei und das Volk bei der Durchführung der tiefgreifenden ideologischen und kulturellen Revolution, die bei uns stattgefunden hat. Wenn Albanien heute ein fortgeschrittenes sozialistisches Land ist, das sich aus eigenen Kräften entwickelt, und Vaterland der von jeder sozialen und geistigen Unterdrückung befreiten Menschen, das Land der Demokratie und des Wohlstandes für alle, der Bildung und Kultur für die breiten Volksmassen ist, so ist das dem Kampf zu verdanken, den das albanische Volk mit der Partei und mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze geführt hat.

Es gibt kein Gebiet der politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Aktivität unserer Partei und unseres Staates, auf dem das philosophische Denken, die organisatorische Kraft und die führende Tätigkeit des Genossen Enver Hoxha nicht zum Ausdruck gekommen wäre.

Er hat die Generallinie der Außenpolitik und die Haltungen unserer Partei und unseres Staats für die internationalen Fragen ausgearbeitet. Diese Politik, der entschlossene Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und die Weltreaktion und die aufrichtige Unterstützung für die revolutionären Kämpfe und Befreiungskämpfe der Völker, die Solidarität mit den demokratischen und antiimperialistischen Kräften haben die internationalen Positionen unseres Landes, die Sympathie und die Achtung für das sozialistische Albanien in der Welt vergrößert, seine Freunde und Sympathisanten vermehrt.

Die PAA hat unter der Führung des Genossen Enver Hoxha einen heroischen Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt. Keiner hat wie er die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin vor den opportunistischen Entstellungen mit einem so revolutionären Pathos zu jeder Zeit und in jeder Situation verteidigt. Keiner hat die sozialimperialistische und sozialchauvinistische Politik und Tätigkeit der Titoisten, der Chruschtschowianer und der anderen Renegaten entlarvt wie er. Keiner hat mit einer solchen großen Entschlossenheit wie er die inneren Parteifeinde, die Fraktionsgruppen und die ausländischen Agenten, angefangen bei Koçi Xoxe bis hin zur Bande von Mehmet Shehu bekämpft. Dieser Kampf ist für die Partei, für das Volk und für das Vaterland rettend gewesen.

Genosse Enver Hoxha gehört zu den herrschenden Revolutionären, die zur Entwicklung des theoretischen marxistisch-leninistischen Denkens, das alle Fragen der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus berührt, einen großen und besonderen Beitrag geleistet haben. Die Verallgemeinerungen der Erfahrungen des Befreiungskampfes und der Praxis des Aufbaus unserer neuen Gesellschaft, die Analysen und die Schlußfolgerungen über die Prozesse der heutigen Weltentwicklung sind von großem ideellen Wert. Sie sind Orientierungs- und Beziehungspunkte für die tägliche revolutionäre Tätigkeit.

Als wahrer Internationalist hat er unermüdlich die jungen marxistisch-leninistischen Parteien und ihren revolutionären Kampf unterstützt. Er hat ihnen stets beigestanden und den Kampf für ihre Konsolidierung und ihren Fortschritt mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Genosse Enver Hoxha ist die größte historische Gestalt unseres Volkes und unserer Nation, der in einem unauslöschlichen Glanz den gegenwärtigen und den kommenden Generationen den Weg beleuchten wird. Er wird immer geliebt, geehrt und geachtet in den Herzen aller Kommunisten und unseres Volkes weiterleben.

Mit seinem Werk und seinen Lehren wird er stets bei ihnen sein, um sie im Kampf und bei der Arbeit zugunsten des Vaterlandes und des Kommunismus zu inspirieren. Möge sein flammender Aufruf an das albanische Volk anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Vaterlands ein Kampfbanner bleiben: „Hüten wir alles, was wir errungen haben wie unsere Augäpfel, entfalten wir es konsequent weiter, überlassen wir den kommenden Generationen ein immer stärkeres, ein stets rotes Albanien. Rot wie das unauslöschliche Feuer der kommunistischen und Partisanenideale, ein Albanien, das in den Jahrhunderten lebe und voranschreiten möge. Ich bin davon überzeugt, daß Volk und Partei unser siegreiches Banner stets hochhalten die Ehre, das Ansehen und den Namen des sozialistischen Albanien auf der Welt immer höher heben werden.“ Das ist der einmütige Schwur, den heute die Partei der Arbeit Albaniens und das ganze albanische Volk ablegen. In diesen Augenblicken des tiefen Schmerzes über den Verlust unseres teuren Führers, Genossen und Lehrers, Genossen Enver Hoxha, festigen wir unsere stählerne Einheit und schließen wir die Reihen um die Partei und um unser ZK fester zusammen, mobilisieren wir unsere Kräfte, um unser Albanien stark, reich und fortgeschritten zu machen, wie es Genosse Enver Hoxha wünschte. Arbeiten wir unermüdlich, wie er fünfzig Jahre lang arbeitete und kämpfte, um seinen Namen höher zu heben.

Ruhm dem glänzenden und unvergänglichen Werk des Genossen Enver Hoxha!

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens
Das Präsidium der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albaniens
Der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepulbik Albaniens
Der Generalrat der Demokratischen Front Albaniens
Tirana, den 11. April 1985

Ärztliches Bulletin

Genosse Enver Hoxha litt seit dem Jahre 1948 an Zuckerkrankheit, die mit der Zeit seine Blutgefäße, sein Herz, seine Niere und einige andere Organe in Mitleidenschaft zog. Im Jahr 1973 erlitt er in Folge der Schädigungen einen Herzinfarkt mit Herzrhythmusstörungen. In den folgenden Jahren entwickelte sich eine schwere Herzinsuffizienz. Vor einem Jahr erlitt er einen Schlaganfall mit vorübergehender einseitiger Lähmung. Am Morgen des 9. April 1985 trat infolge Herzkammerflimmerns plötzlicher Herzstillstand ein. Trotz Intensivbehandlung führten wiederholtes Herzkammerflimmern und irreparable Auswirkungen im Gehirn und in den Nieren am 11. April 1985 um 2.15 Uhr zum Tode.

Die Ärztegruppe
Prof. Petrit Gaçe, Prof. Bezi Hoxha, Kand. der med. Wissenschaften, Isuf Kalo, Doz. Ilmir Popa, Prof. Bajram Preza, Dr. Ahmet Kamberi, Kand. der med. Wissenschaften, Sbip Prokoj, Dr. Arben Fina.

Tirana, 11. April 1985

ENVER HOXHA: EIN LEBEN FÜR DIE REVOLUTION

Enver Hoxha wurde am 16. Oktober 1908 in der alten albanischen Stadt Girokastra geboren. In seiner Jugend erlebte er die Verbrechen der verschiedenen ausländischen Besatzer, die ganze Gebiete verwüsteten, in Schutt und Asche legten, die Massenmorde an der Bevölkerung verübten. Dieses Elend lehrte ihn schon früh, die Feinde seines Vaterlandes zu hassen, und mit 16 Jahren schloß er sich der demokratischen Bewegung Albaniens an.

Er ging nach Frankreich und studierte dort. Seine demokratischen Überzeugungen ließen ihn zum Sympathisanten der französischen kommunistischen Bewegung werden. Im Zentralorgan der damals noch revolutionären Kommunistischen Partei Frankreichs „Humanité" veröffentlichte Enver Hoxha Material, das den reaktionären Charakter des Regimes des albanischen Despoten Zogu entlarvte. Nachdem ihm das Stipendium entzogen wurde, ging er nach Belgien, wo er sein Studium fortsetzte und gleichzeitig beim albanischen Konsulat in Brüssel arbeitete. Enver Hoxha setzte seine Tätigkeit gegen das Zogu-Regime auch hier fort, aber Agenten enttarnten ihn, er wurde entlassen und war gezwungen, nach Alanien zurückzukehren.

Als er 1936 zurück war, war Enver Hoxha Kommunist geworden. Er arbeitete als Lehrer zunächst am Gymnasium von Tirana, dann in Korça. Er schloß sich der kommunistischen Korça-Gruppe an und wurde eines ihrer aktivsten Mitglieder. Die Schule benutzte er, um den Schülern demokratische und kommunistische Ideen mitzugeben. Er war außerdem ein wichtiges Mitglied der außerschulischen Organisation „Rinia Korçare", der Korça-Jugend.

In dieser Zeit schon — es war der Vorabend der faschistischen, italienischen Besetzung Albaniens, war Enver Hoxha ein unermüdlicher Kämpfer für die Einheit der Kommunisten, die in vielen Gruppen nebeneinanderher arbeiteten. Direkt nach der faschistischen Besetzung Albaniens bekamen die Besatzer Wind von der revolutionären Tätigkeit Enver Hoxhas und enthoben ihn seines Postens als Lehrer mit der Begründung *„regimefeindliches Element"*.

Auf Beschluß der kommunistischen Gruppe Korças wurde Enver Hoxha nach Tirana geschickt, um die Tätigkeit der Gruppe durch die Organisierung der antifaschistischen Bewegung in der Hauptstadt und in anderen Landesteilen auf stärkere Grundlagen zu stellen und auszuweiten. Mit der Tätigkeit Enver Hoxhas wurde die Sektion Tiranas innerhalb relativ kurzer Zeit zu einem wichtigen Zentrum der kommunistischen und antifaschistischen Bewegung in Albanien.

Zwei wichtige Schwerpunkte kennzeichneten die Arbeiten Enver Hoxhas: die Schaffung der Einheit der kommunistischen Bewegung und die Verbindung der Kommunisten mit allen patriotischen und antifaschistischen Kräften, die bereit waren, die Waffen gegen die faschistischen Besatzer zu ergreifen. Eine wichtige Verbindung war dann im Frühjahr 1941 zu der vom patriotischen Myslim Peza geführten Freischar geknüpft worden, die gerade begonnen hatte, bewaffnete Aktionen gegen die Besatzer durchzuführen.

Am 28. Oktober 1941, am Jahrestag des „Marsches auf Rom" von Mussolini fand in Tirana eine große antifaschistische Demonstration statt. Hauptorganisator war Enver Hoxha, der nach dieser Demonstration von den italienischen faschistischen Behörden in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde. Die Faschisten konnten ihre Mordpläne gegen den revolutionären Führer aber nie verwirklichen.



Enver Hoxha zu Beginn des Nationalen Befreiungskampfes

Vom 8. bis zum 14. November 1941 fand eine Beratung der verschiedenen kommunistischen Gruppen Albaniens illegal in Tirana statt. Im harten Kampf gegen Strömungen, die auf dem Zirkelwesen beharrten und gegen die Einheit der Kommunisten in einer Partei auftraten, wurde die Kommunistische Partei Albaniens (KPA) gegründet, die später auf dem 1. Parteitag den Namen **Partei der Arbeit Albaniens** angenommen hat. Enver Hoxha wurde — ein Generalsekretär der Partei wurde nicht bestimmt — in das siebenköpfige provisorische Zentralkomitee der Partei gewählt. Unter seiner Leitung wurde die Partei in immer stärkerem Maße zur führenden Kraft im Befreiungskampf des albanischen Volkes.

In der Entschließung der Beratung vom November 1941 wurde auch das strategische Ziel der Partei für die historische Periode, in der sich das Land befand, festgelegt: **„Für die nationale Unabhängigkeit des albanischen Volkes und für eine volksdemokratische Regierung in einem vom Faschismus freien Albanien kämpfen"**. Damit wurde auch Schluß gemacht mit Losungen, die einer unrichtigen Einschätzung der in Albanien entstandenen Situation entsprangen. Sie hatten sich vor der Parteigründung teilweise in Aufrufen wie *„Für ein Sowjetalbanien"*, *„Für ein kommunistisches Albanien"*, *„Für die Organisierung der albanischen roten Armee"* niedergeschlagen. Dagegen hieß es im ersten Aufruf des ZK der KPA mit Enver Hoxha: *„... Wir wenden uns an alle ehrlichen Albaner, die Albanien wirklich lieben, alle unsere Kräfte zu vereinigen, um sie in den Dienst unseres Kampfes für die nationale Befreiung zu stellen. Der offene Kampf ist die einzig richtige Haltung gegenüber den Besatzern. Jeder Sohn dieses Landes sei ein Soldat des Nationalen Befreiungskampfes. Um den Feind niederzuringen, muß unser Kampf organisiert, einheitlich und machtvoll sein...*

Vereinigen wir uns alle im Kampf! Für die nationale Befreiung gegen die faschistischen Besatzer!"

Im Jahre 1942 begann die Aufstellung von Partisaneneinheiten in Städten und in einer Reihe ländlicher Gebiete. In zahlreichen Dörfern wurden die ersten Nationalen Befreiungsräte gebildet, im August 1942 erschien erstmals die Zeitung *„Zeri i popullit"* — Volksstimme — die von Enver Hoxha geleitet wurde. Die führende Rolle spielte die Partei dann auch auf der albanischen Nationalen Befreiungskonferenz von Peza im September 1942. Neben den Kommunisten nahmen auch Gruppen von Nationalisten verschiedener Strömungen an dieser Konferenz teil. Zu den wichtigsten Beschlüssen gehörte der über die Errichtung der nationalen Befreiungsräte im ganzen Land, die zugleich Instrumente zur Vereinigung und Mobilisierung des ganzen Volkes im Kampf gegen die faschistischen Besatzer **und Organe der Volksmacht** waren. Diesem für den weiteren Verlauf des Befreiungskampfes in Albanien so wichtigen Beschluß lag ein Bericht von Enver Hoxha zugrunde *„Nationale Befreiungsräte als Organe der Einheit und des Kampfes des albanischen Volkes"*, der der Konferenz von Peza vorgelegen hatte.



Mit dem Partisanenführer Myslim Peza

Der bewaffnete Kampf gegen die Besatzer nahm einen großen Aufschwung und der in Labinoti im Juli 1943 tagende Generalrat der Nationalen Befreiungsarmee beschloß die Schaffung eines Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee, zu dessen politischem Kommissar Enver Hoxha gewählt wurde.

Nachdem das faschistische Italien am 8. September vor dem bewaffneten Kampf des albanischen Volkes kapituliert hatte, marschierten die Truppen des Hitler-Faschismus in Albanien ein. Sie stießen aber ebenso überall auf erbitterten Widerstand, und das albanische Volk konnte unter der Führung der kommunistischen Partei — deren Generalsekretär Enver Hoxha mittlerweile war — bereits große Teile des Landes befreien. In der befreiten Stadt Permeti fand vom 24. bis 28. Mai der 1. Antifaschistische Kongreß der Nationalen Befreiung statt. Der Kongreß beauftragte den Antifaschistischen Rat mit der Bildung eines **Antifaschistischen Komitees der Nationalen Befreiung**, das die Befugnisse einer provisorischen volksdemokratischen Regierung hatte. Zum Präsidenten des Komitees wurde Enver Hoxha gewählt, der auf dem Kongreß auch zum Oberkommandierenden der Nationalen Befreiungsarmee bestimmt worden war.

So entstand in Albanien schon vor der endgültigen Befreiung die Volksmacht. Die Macht der Nationalen Befreiungsräte in Albanien war sowohl von der Form als auch vom Inhalt her völlig verschieden von der alten Macht. Sie hatte auch mit der Macht in den bürgerlich-parlamentarischen Republiken nichts gemeinsam. Als Typ der politischen Macht glich sie der Pariser Kommune und den Sowjets. Trotzdem bewahrte sie voll und ganz ihre Originalität, in Übereinstimmung mit den objektiven Bedingungen Albaniens und den Umständen des Nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes.

Am 29. November 1944 befreite die Nationale Befreiungsarmee die letzte Stadt Albaniens — Shkodra im Norden — von den Nazibesatzern. Dieses Datum bezeichnet die vollständige Befreiung und den Sieg der Volksrevolution.

Der Nationale Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Besatzer und die Verräter und Kollaborateure im eigenen Land, der gut fünfeinhalb Jahre dauerte, ist der heldenhafteste und siegreichste Kampf, den die Albaner im Laufe ihrer Geschichte geführt haben. **Die Einflußnahme darauf, die aktive Teilnahme, die Verdienste die Enver Hoxha um diesen Kampf hat, würden allein genügen, um ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte zu sichern.**

Aber es standen noch große Aufgaben bevor. Und die Ausgangslage war nicht leicht. Das damals eine Million zählende albanische Volk band während des Krieges mehr als 15 italienische und deutsche Divisionen und setzte etwa 70000 Feinde außer Gefecht. **Albanien war im Vergleich zur Größe seines Territoriums und seiner Bevölkerung eines der aktivsten Mitglieder der antifaschistischen Koalition und leistete einen wertvollen Beitrag zum historischen Sieg über den Faschismus, der sich am 8. Mai zum 40. Mal jährt.** Aber es hat dafür auch geblutet, schwer gelitten; Das 28000 qkm große Territorium Albaniens zertrampelten während des Zweiten Weltkrieges etwa 700000 faschistische Soldaten, die äußerst schwere Schäden und Zerstörungen anrichteten. Albanien nimmt, was die Verluste an Menschenleben und insbesondere an materiellen Gütern während des Zweiten Weltkrieges anbelangt, einen der ersten Plätze unter allen Ländern ein.



Als Oberkommandierender der Nationalen Befreiungsarmee verkündete Enver Hoxha den Sieg über die faschistischen Besatzer.

Nach der Befreiung von den Besatzern begann die Kommunistische Partei Albaniens mit Enver Hoxha als ihrem Generalsekretär das Volk zu mobilisieren für die Fortführung der Revolution von der antiimperialistisch-demokratischen Etappe zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Errichtung der Volksmacht über die Etappe des Aufbaus und der Schaffung der Wirtschaftsbasis des Sozialismus zur gegenwärtig anhaltenden Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.

Daß dies gelang — trotz der Einkreisung des Landes durch imperialistische und revisionistische Mächte — praktisch unter Blockadebedingungen, ist neben dem unerschütterlich durchgeführten revolutionären Prinzip des **„Sich-auf die-eigenen-Kräfte-Stützens"** vor allem folgenden Faktoren zu verdanken, die überall in der Geschichte des neuen Albanien erkennbar sind und sich auch wie ein roter Faden durch die theoretischen Schriften Enver Hoxhas ziehen:

1. Die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus durch die Partei, die die Politik immer an die erste Stelle setzt, den Klassenkampf — als Motor der Geschichte — ständig vertieft, um den Aufbau des Sozialismus auf revolutionärem Weg fortzusetzen und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern.
2. Die Erhaltung und Festigung der Volksmacht — der Diktatur des Proletariats — und die im ganzen gesellschaftlichen Leben des Landes führende Rolle der Arbeiterklasse. Die Tatsache, daß der Bürokratismus bekämpft und die sozialistische Demokratie erweitert wird und die Massen in immer breiterem Maße in die Leitung des Staates und der Wirtschaft einbezogen werden.
3. Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, die Abschaffung aller Formen der Ausbeutung, die ständige Verbesserung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.
4. Die planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und das Festhalten am Prinzip der zentralisierten und planmäßigen Leitung der Wirtschaft.

Das alles ist leichter gedacht und gesagt als getan. Albanien hat auf seinem Weg mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Es war nicht nur die oben beschriebene schwierige Ausgangslage. Das vor dem Krieg schon „Armenhaus Europas" genannte Land hatte schwer gelitten — gerade in den ersten Jahren nach der Befreiung gab es auch massive äußere Einmischung. Zunächst waren es die USA und die britischen Imperialisten, die ihre starke Stellung im Mittelmeerraum auch auf Albanien ausdehnen wollten. Es gab die Forderung nach *„freien Wahlen mit Überwachung durch eine US-Militärmission"*; als Voraussetzung für eine völkerrechtliche Anerkennung wollten die USA z.B. die Anerkennung aller (knechtenden) Verträge des alten Albanien von vor 1939 durchsetzen. Die anglo-amerikanischen Imperialisten aber bissen in Sachen Albanien auf Granit.

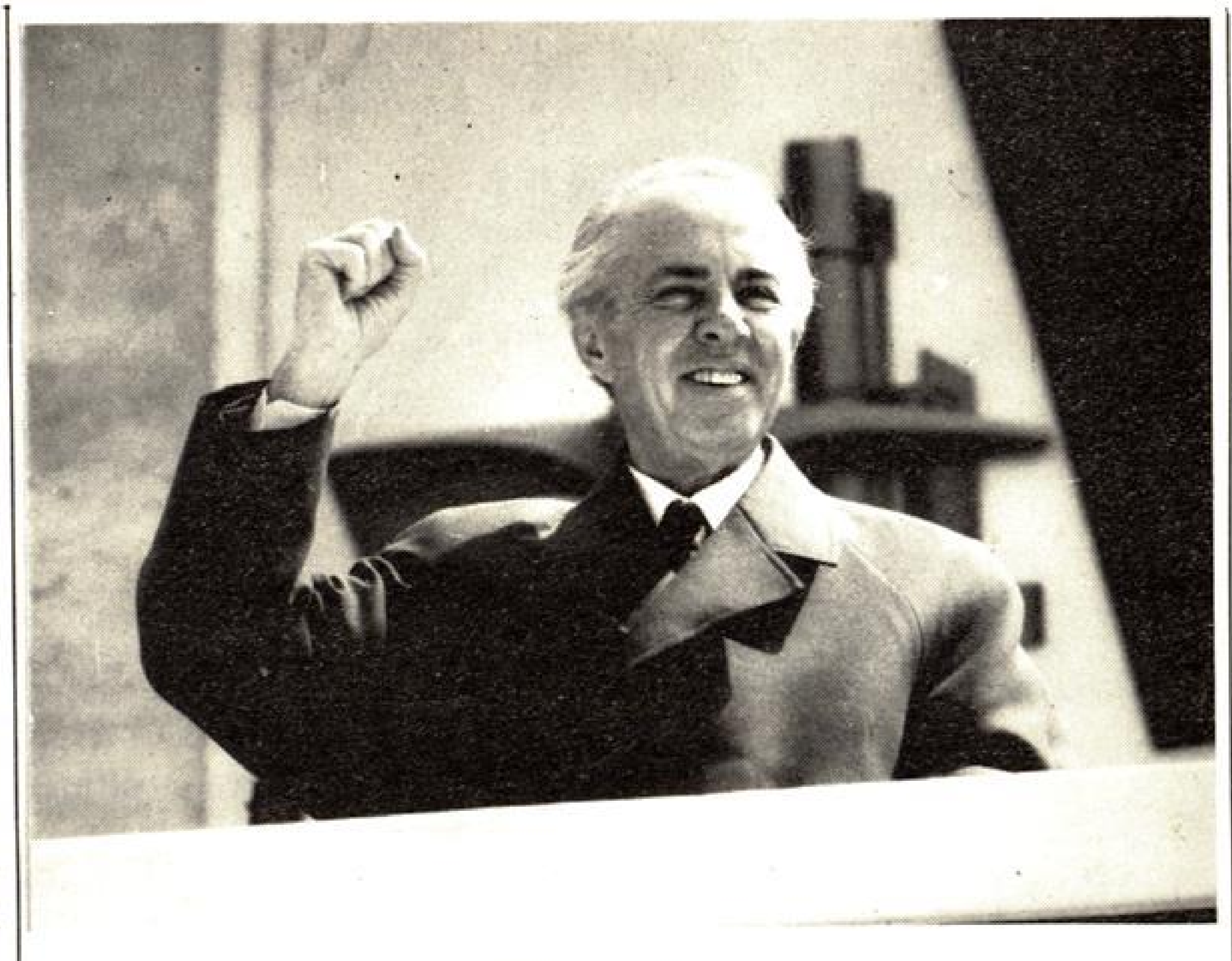
Erfolgreicher schienen eine Zeit lang die jugoslawischen Titoisten zu sein. Eine im Befreiungskampf vielfach entstandene Waffenbrüderschaft ausnutzend, durchsetzten sie Albanien mit ihren Leuten — ihr Ziel allerdings war nichts anderes als die Einverleibung Albaniens in

die jugoslawische Föderation, die Zerstörung der Unabhängigkeit des Landes. Die Vorbereitung für eine von Belgrad aus weitgehend bestimmte Wirtschaftsplanung für Albanien, Pläne für die Unterstellung der albanischen Armee unter ihr Kommando waren weit gediehen. Zeitweilig aus einer Position der Minderheit in der Führung der Albanischen Partei heraus, war es Enver Hoxha, der die Pläne aufdeckte, die Gefahren aufzeigte und die Gegner des eigenen Weges Albaniens entlarvte, isolierte und die jugoslawischen Pläne vereitelte. Mit seinem berühmten Referat auf der Parteikonferenz von Tirana am 4. Oktober 1948 wurden alle Kommunisten über das Treiben der Belgrader Revisionisten informiert und zum Kampf dagegen mobilisiert.

Schon im Befreiungskrieg, vor allem aber in der Zeit des massiven Drucks der Titoisten entwickelte sich auch die heute noch in Albanien spürbare enge Freundschaft zur Sowjetunion Stalins. Das starke sozialistische Land war damals eine große Hilfe für Albanien, half ihm beim Aufbau einer eigenen Wirtschaft und unterstützte den Kampf gegen die Belgrader Machthaber, die sich aus dem damaligen sozialistischen Lager immer mehr entfernten, eigene Großmachtziele auf dem Balkan verfolgten und sich zunehmend dem westlichen Imperialismus verkauften. Zeugnisse dieser Freundschaft sind Enver Hoxhas Erinnerungen *„Begegnungen mit Stalin“*, die auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurden.

Das Festhalten am Marxismus-Leninismus und nicht zuletzt die Erfahrungen mit den Titoisten machten die albanischen Kommunisten auch hellhörig und sensibel für die Entwicklungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod. Nikita Chruschtschow war es, der den Albanern empfahl, aus ihrem Land eine Obstplantage zu machen, das Brot würde er schon schicken: *„Was ihr an Weizen braucht, fressen bei uns die Mäuse!“* so Chruschtschow. Dazu gab es Pläne, den albanischen Haffen Vlora als Stützpunkt der sowjetischen Follte massiv auszubauen. Albaniens Unabhängigkeit war wieder einmal in Gefahr. *„Wir haben auch ohne Brot barfuß gekämpft, uns aber nie jemandem gebeugt“* — diese Antwort Enver Hoxhas beschreibt eindeutig die albanische Position.

Doch die Gefahr, die von den Chruschtschow-Revisionisten für Albanien ausging, war es nicht allein, die die albanischen Kommunisten in die Offensive gehen ließ. Die Partei der Arbeit Albanien und an herausragender Stelle Enver Hoxha waren es, die immer unnachgiebig für die Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus gekämpft haben. Die Angriffe der Chruschtschow-Revisionisten auf die ganze Geschichte der Sowjetunion, die Negierung all ihrer Erfolge, ihre Ansichten über den „Staat des ganzen Volkes“, die falschen Thesen über Krieg und Frieden, der Versuch, in der internationalen kommunistischen Bewegung den anderen ihre Auffassungen zu diktieren und Großmachtpolitik zu betreiben, wurden von Anfang an kritisiert. Zunächst wurden die revisionistischen Auffassungen zwar entschieden zurückgewiesen, die aufgetretenen Widersprüche aber noch als Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Weltbewegung behandelt. Wichtigstes Dokument dieses Kampfes ist die Rede Enver Hoxhas auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau.



Als jedoch klar wurde, daß Chruschtschow und Konsorten den Weg des Verrats unwiderruflich beschritten hatten und zu keiner Rückkehr zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu bewegen waren, traten die Partei der Arbeit Albaniens und Enver Hoxha dafür ein, die Verräter als Feinde zu behandeln und einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Chruschtschow im Jahre 1961 folgte dann nach dem Einmarsch der UdSSR-Truppen in die CSSR der Austritt Albaniens aus dem Militärbündnis Warschauer Pakt.

Dieser Kampf der albanischen Kommunisten, der eng verbunden ist mit dem Namen ihres Führers Enver Hoxha, hatte große Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung. Die Entlarvung des revisionistischen Weges der neuen Machthaber im Kreml begeisterte in aller Welt revolutionäre Kräfte, neue marxistisch-leninistische Parteien und Gruppen entstanden, die Arbeit Enver Hoxhas hat viel dazu beigetragen.

Lange Zeit standen die albanischen Kommunisten an der Seite der Kommunisten aus dem China Mao Tsetungs. Die KP Chinas war Zielscheibe der Angriffe aus Moskau — Albanien verteidigte sie prinzipienfest. Im Kampf gegen den Revisionismus der neuen Führer der KPdSU unterstützten die Albaner die Genossen der KP Chinas, auch noch, als ihnen merkwürdige Auffassungen der chinesischen Führung über eine Blockbildung gegen den Imperialismus zusammen mit den sich mittlerweile selbst imperialistisch gebärdenden Herren aus Moskau bekanntwurden.

Als sich im Wege der Zick-zack-Linien der chinesischen Politik dann aber die berüchtigte „Drei-Welten-Theorie“ entwickelte, waren es wieder die Albaner, war es Enver Hoxha, der auf dem 7. Parteitag der PAA 1976 diese reaktionäre Theorie entlarvte und zurückwies. Das war ein Schritt, der vielen der neuen und jungen marxistisch-leninistischen Parteien auf der Welt half, sich vom Einfluß der Mao-Tsetung-Ideen zu befreien, und die Gefolgschaft zu den chinesischen Führern aufzukündigen, die — heute liegt es ganz offen auf dem Tisch — eine antimarxistische, konterrevolutionäre Politik betreiben.

Die Antwort der chinesischen Führung war die zunächst verspätete und unvollständige Erfüllung abgeschlossener Verträge mit Albanien. Maschinen wurden defekt oder total veraltet geliefert — es ging weiter bis zur Sabotage — der Bruch war unvermeidlich. *„Eher würden wir Gras fressen als nachgeben“* sagte Enver Hoxha zu ausländischen Einmischungs- und Erpressungsversuchen. Doch auch unter den Bedingungen der imperialistischen und revisionistischen Blockade gab es in Albanien keinen Stillstand. Das Programm der Schaffung einer entwickelten Landwirtschaft, von den kollektivierten Teilen zu immer größeren staatlichen Sektoren, der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und der Erhöhung der Konsumgüterproduktion wurde trotz allem weitergeführt. Und noch mehr. Zur ständigen Revolutionierung der Gesellschaft, zur Sicherung der Macht des Volkes mit der führenden Rolle der Arbeiterklasse wurde die Arbeiterklassenkontrolle geschaffen und ausgeweitet, die Bewegung zur vollständigen Befreiung der Frau verstärkt, der Kampf gegen rückständige Bräuche und die finstere Macht der Religion niemals aufgegeben, setzte man große Energien in die Revolutionierung von Schule, Ausbildung und Wissenschaft, hat man nie die Notwendigkeit der Landesverteidigung aus den Augen verloren.

Wenn es heute unmöglich ist, ein Lebensbild Enver Hoxhas zu zeichnen, ohne die wichtigsten Daten der jüngeren Geschichte Albaniens zu erwähnen, so zeigt das deutlich, daß an all diesen Punkten die Leistungen des albanischen Volkes und seiner kommunistischen Partei eng verbunden sind mit dem Namen Enver Hoxhas. So erklärt auch ein Blick auf das Albanien die tiefe Trauer um Enver Hoxha, der sein Leben lang für die Revolution gekämpft hat.

Albanien mit Riesenschritten in die Zukunft geeilt. Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nach den Lehren des Marxismus-Leninismus führte dazu, daß eine komplexe und vielzweigige sozialistische Wirtschaft geschaffen wurde, die sich vollständig auf die eigenen Kräfte stützt und erfolgreich allen Bewährungsproben der imperialistisch-revisionistischen Blockade standhielt.

Das sozialistische Albanien ist ein Land ohne Schulden, ein Land, das keinerlei Auslandshilfe oder -Kredite annimmt. In der albanischen Wirtschaft sind Anarchie und Konkurrenz, Krisen, Inflation, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und Steuern, diese festen Merkmale der kapitalistischen und revisionistischen Produktionsweise, unbekannt. Beständigkeit und Stabilität, planäßige und proportionale Entwicklung, Preissenkungen — das kennzeichnet heute unter anderem die albanische Wirtschaftsentwicklung. Das Ziel der Produktion, aller Wirtschaftstätigkeit ist nicht die Sicherung von Maximalprofiten, sondern die ununterbrochene Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes des Bildungs- und Kulturniveaus des Volkes.

Albanien ist kein Paradies. Aber ein Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus. Ein Beweis für die Richtigkeit der Politik der albanischen Kommunisten, an deren Spitze Enver Hoxha so lange stand: daß ein unabhängiges und souveränes Land, wenn es das ganze Volk mobilisiert, eine korrekte Wirtschaftspolitik festlegt, alle Maßnahmen zur möglichst rationellen Nutzung sämtlicher Reichtümer des Landes trifft und diese im Interesse des Volkes verwaltet und mehrt, den Sozialismus und das eigene Leben aufzubauen vermag, ohne anderen die Hand hinzuhalten, ohne Schulden oder Kredite vom Ausland anzunehmen. Diese hier kurz skizzierte Entwicklung des Landes wird im albanischen Volk und bei den Kommunisten überall immer mit dem Leben und Werk des Genossen Enver Hoxha verbunden bleiben.



Im Gespräch mit der Bevölkerung

CDU fordert:

Differenzierung der Tarifverträge und Öffnungsklauseln

Die propagandistische Offensive der Unternehmer und der Wendeparteien gegen das „starre Tarifvertragssystem" ging auch in der letzten Woche weiter.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — Manfred Carstens — forderte eine Beschränkung der Lohnzuwachsraten und eine weitere Differenzierung innerhalb der Tarifverträge.

Dazu soll zählen: „Die Reallohnsteigerungen müssen hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben" — angesichts eines seit fünf Jahren sinkenden Reallohnabbaus ein Hohn.

Carstens griff damit eine Forderung von BDI-Präsident Langmann und Commerzbankchef Seipp auf, die beide diese Forderung im März 85 einem illustren Publikum von „Wirtschaftsführern" und Politikern auf dem Börsenforum der Zeitschrift „Wirtschaftswoche" nahegebracht hatten.

Herhalten mußten mal wieder die Arbeitslosen, für die dieser „Akt der Solidarität" nötig sei.

Bezüglich der Differenzierung der Tarifverträge forderte er eine Ausrichtung an Gesichtspunkten der Branchen, Regionen und Qualifikationen — eben das hatten Langmann und Seipp auch gefordert. So sollen „Krisenbranchen", Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigere Qualifikationsstufen geringere Tariferhöhungen erhalten.

Auch seine dritte Forderung hat Carstens von Langmann und Seipp abgeschrieben — Öffnungsklauseln im Tarifvertrag, die es Unternehmensleitungen und Betriebsräten ermöglichen würden, im Fall „betrieblicher Not" vom Tarifvertrag nach unten abzuweichen — auf gut deutsch also **Lohnsenkungen** zu vereinbaren.

Was unter „betrieblicher Not" zu verstehen ist — darüber haben bekanntlich Unternehmer so ihre eigenen Vorstellungen — mit Sicherheit so etwas wie „Umsatz- und Ertragseinbußen", so hatte es jedenfalls im Herbst 1983 schon Haimo George in seinem berühmten Papier gefordert. George, Siemens-Direktor und Sprecher des Ausschusses für Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion, ist hier sicher einer der Vordenker der finanzkapitalistischen Kreise, die die Wenderegierung gewünscht und gefordert haben, seine Aussage zeigt also klar, wohin die Reise gehen soll.

Daneben ist an diesem Vorschlag von Carstens der zweite Gesichtspunkt wichtig — die Verlagerung der Regelungskompetenz in dieser Frage von den Gewerkschaften auf die Betriebsräte.

Wie schon bei der Arbeitszeitverkürzung ist auch in dieser Frage von den Unternehmern mehr „Flexibilität" angestrebt — flexibel auf die jeweiligen betrieblichen Belange ausgerichtet, bedeutet eben in der Tendenz auch eine stärkere Orientierung auf einzelbetriebliche und nicht solidarische, die ganze Klasse umfassende Gewerkschaftspolitik.



Textilrunde

Am 30. April geht' s weiter

Nachdem man sich das erste Mal getroffen hatte, vereinbarten die Verhandlungsführer der Gewerkschaft Textil und Bekleidung und der Unternehmerverband, die Gespräche über die Tariflöhne und -Gehälter auf den 30.4. zu vertagen — wobei ein Herr Beyer, Verhandlungsführer der Kapitalisten, die 6-Prozent-Forderung als „irreal" diffamierte.

Angesichts der seit Jahren wachsenden Ausfuhranteile der bundesdeutschen Textilindustrie, die ein Beweis der absolut guten Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist, eine zusätzliche Unverfrorenheit.

Nicht zuletzt durch die von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung immer wieder akzeptierte Politik der „Sonderopfer" in diesem Wirtschaftszweig, die dafür sorgte, daß die Tarife nach wie vor am unteren Ende in der BRD liegen, gelang es den bundesdeutschen Textilkapitalisten im Jahre 82 knapp hinter Italien, weit vor Südkorea, Japan oder Hongkong ihren zweiten Platz in der Weltexportliste zu halten — mit über 8 Milliarden Dollar.

„Der Weiterbeschäftigungsanspruch schädigt den Mittelstand nicht"

So lautet ein kurz zusammengefaßter Kommentar der Bundesregierung, durch den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Höpfinger, auf eine Kleine Anfrage zu diesem Thema.

Am 27. Februar hatte das Bundesarbeitsgericht unter gewissen Bedingungen einen Weiterbeschäftigungsanspruch eines gekündigten abhängig Beschäftigten festgestellt.

Wie kommt nun die Bundesregierung zu ihrer Meinung?

1. Wird festgestellt, daß für Betriebe mit unter sechs Arbeitnehmern das Kündigungsschutzgesetz sowieso nicht gilt, also auch das Urteil keine Anwendung finden kann.

2. Sei es ja auch erst mal nötig, daß eine erste Instanz eines Arbeitsgerichts die Unwirksamkeit der Kündigung festgestellt habe.

3. Selbst dann wäre erst noch vom Gericht zu prüfen, ob nicht andere schutzwürdige Belange des Arbeitgebers durch eine Weiterbeschäftigung gefährdet seien.

4. Spreche der relativ kleine Anteil von Klagen gegen Kündigungen dafür, daß der Kreis der überhaupt einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung stellen werde, klein bleibe.

5. Habe eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts ergeben, daß insgesamt nur zwischen 4 und 8 Prozent der Kündigungen mit einer Kündigungsschutzklage angegriffen würde,

6. Schließlich machen nach dieser Untersuchung die Urteile erster Instanz in denen die Unwirksamkeit einer Kündigung festgestellt wird, gemessen an allen Kündigungsschutzverfahren erster Instanz gerade 6,5 Prozent aus — diese Zahl wird für 1979 angegeben.

Wildwest in Hattingen

Vertrauensleutewahl auf einem verschneiten Parkplatz unter Beteiligung der Polizei — „Verbot" von Bildungsurlaub durch eine selbstherrlichen Chef, der festgestellt zu haben meint, das Bildungsurlaubsgesetz sei verfassungswidrig — und der Versuch, ein Betriebsratsmitglied wegen eines privaten Telefongesprächs zu kündigen: Das sind die vorerst letzten Szenen der jahrelangen Hatz eines Unternehmers in Hattingen auf gewerkschaftliche Interessenvertreter.

Die Vorgeschichte: Bis vor drei Jahren gab es bei der Firma Muckenhaupt in Hattingen — ein Bergbauzulieferer mit knapp 300 Beschäftigten — keinen Betriebsrat. Es wurde nach Belieben geheuert und gefeuert, Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Schutzbestimmungen waren Fremdworte, der Geschäftsführer, zu dieser Zeit noch FDP-Stadtrat, sorgte auf seine Weise für „Ruhe und Ordnung" im Betrieb.

Da gründeten Kollegen mit Unterstützung der IG Metall einen Betriebsrat. Kündigungen und Versetzungen von Gewerkschaftern begleiteten diese Betriebsratswahl. Kaum war der Betriebsrat ein halbes Jahr im Amt, da versuchte die Geschäftsleitung die Kündigung eines Betriebsratsmitglieds durchzusetzen: Man warf ihm Sabotage vor — dabei ging es um einen Arbeitsfehler. Als weder diese Kündigung noch ein Hausverbot gegen diesen Betriebsrat sich durchsetzen ließen, erreichte die Geschäftsführung mit Unterschriftensammlungen gegen den Betriebsrat, Diffamierungskampagnen, Erpressung, Bestechung, mit der Drohung, einzelne Abteilungen und schließlich sogar den ganzen Betrieb zu schließen, daß sich der Betriebsrat auflöste.

Bei der dann stattfindenden Neuwahl unterstützte die Geschäftsleitung eine Gruppe von Kollegen, machte mit einem Flugblatt für sie Werbung und erreichte so bei der inzwischen völlig verunsicherten Belegschaft, daß diese Kollegen bei der Wahl eine Mehrheit erhielten.

Trotzdem gelang es mit intensiver gewerkschaftlicher Arbeit, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 10 auf 140 zu steigern, eine Akkordvereinbarung durchzusetzen, die den Raubbau an den Akkorden stoppte und schließlich zu erreichen, daß ab dem 1.1.85 ein Anerkennungstarifvertrag abgeschlossen wurde. Genau dies war dann aber der Ausgangspunkt für einen erneuten Amoklauf der Geschäftsführung, die wohl meinte, auf diese Art und Weise die Umsetzung des ungeliebten Tarifvertrages verhindern zu können:

Massive Eingriffe in betriebsratsinterne Angelegenheiten, Verbot der Vertrauensleutewahl im Betrieb, Rücknahme der Genehmigung, Vertrauensleutesitzungen im Betrieb durchzuführen, ständige Abmahnungen und Schikanen, Verweigerung des Bildungsurlaubs und jetzt zuletzt der Versuch, das Betriebsratsmitglied Anna Schulte zu kündigen. Als Grund für den Kündigungsantrag wurde ein angeblicher Bruch der Schweigepflicht genannt. (In einem privaten Telefongespräch hatte die Kollegin einen Kollegen darüber informiert, daß er vermutlich weniger verdiene als vergleichbare Arbeitnehmer und ihm zugesagt, sich um diese Angelegenheit zu kümmern).

Der Hintergrund: Anna Schulte war unter den Kollegen gewesen, die den ersten Betriebsrat aufgebaut hatten, war in diesem Betriebsrat Betriebsratsvorsitzende und somit ganz besonderen Anfeindungen der Geschäftsleitung ausgesetzt, kam als einzige von den Kandidaten des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers in den zweiten Betriebsrat und ist Mitglied der Vertrauenskörperleitung.

Der Betriebsrat stimmte der beantragten Kündigung nicht zu, die Geschäftsleitung hat nun die Ersetzung der Zustimmung und die Amtsenthebung beim Arbeitsgericht beantragt. (Termin ist am 8. Mai) Nur scheint dieses Mal die Rechnung nicht aufzugehen. Noch vor zwei Jahren konnte der schon erwähnte Betriebsrat nach einer beispiellosen Diffamierungskampagne im zweiten Anlauf gekündigt werden. In diesem Fall macht aber die Solidarität im Betrieb und aus anderen Betrieben eine solche Entwicklung unwahrscheinlich.

Man könnte versucht sein, die geschilderten Geschichte(n) unter der Sparte „Provinzposse" einzusortieren. Das wäre allerdings unzureichend. Hier wie in anderen Betrieben gibt es Anzeichen dafür, daß die Unternehmer „an der "Basis" bereits dabei sind, die Wende zu vollziehen, noch bevor Blüm hierfür die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen hat: Arbeitsbedingungen unterhalb der Tarifverträge, offene und erklärte Mißachtung von Gesetzen und Schutzrechten, Installierung von „gelben" Betriebsräten, Politik der harten Schläge statt Sozialpartnerschaft.

Auch auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist Solidarität gegen die geplante Kündigung der Betriebsrätin wichtig und notwendig.

Schreiben kann man an:

- *Geschäftsleitung der Firma Muckenhaupt, Bredenscheider Str. 183, Hattingen;*
- *Vertrauensleutekörper der Firma Muckenhaupt;*
- *IGM-Verwaltungsstelle Hattingen, Große Weilstr.*

Im Mai im Bundestag?

Gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse für leitende Angestellte

Die Kamingespräche beim Bundeskanzler haben zumindest diesen nicht weiter beeindruckt — wie von den klassenkämpferischen Kräften in den Gewerkschaften vorher gewarnt wurde.

Während Breit, Mayr, Rappe und andere offensichtlich hofften, durch solche Gespräche „Einsicht" bei der Wenderegierung zu erzielen, zeigen die Taten, daß es so offenbar nicht läuft.

Eines der Themen, mit denen man sich beschäftigt hatte, waren die besagten Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte. Der Bundeskanzler hatte eine Überprüfung zugesagt — herausgekommen ist eine erneute Bestätigung dieses Vorhabens.

Dies wurde jetzt aus einem Brief des Bundeskanzleramtes deutlich, der an den Präsidenten der ULA (Union Leitender Angestellter) gerichtet ist, in dem festgehalten wird:

1. Die Fraktion der CDU/CSU und der FDP haben beschlossen, das entsprechende Gesetz in den Bundestag einzubringen

2. Das Gesetz wird noch in diesem Jahr verabschiedet

3. Das Gesetz werde im Augenblick noch bis „auf das letzte Komma" ausformuliert, damit es bei den Ausschußberatungen keine unterschiedliche Meinungen innerhalb der Fraktion der Wenderegierung mehr gäbe

4. Die Interventionen des DGB haben an diesen Planungen nichts geändert.

Offensichtlich bedarf es keinen weiteren Kommentars zu diesem „Ergebnis" zu einem Punkt der Kamingespräche — nur als Anmerkung bleibt festzuhalten, daß man taktisch geschickt die Einbringung verzögert, bis die NRW-Landtagswahl gelaufen ist.

Bauschlichtung endgültig

Im letzten Roten Morgen haben wir berichtet, daß die Führung der IG Bau, Steine, Erden den Schlichtungsspruch akzeptiert hat: vier Monate Lohnpause, dann 2,4 Prozent Lohnerhöhung — übers Jahr gerechnet ganze 1,6 Prozent mehr Lohn.

Beinahe wäre dieser Lohnabbau-Abschluß doch noch zu Fall gebracht worden — durch die Unternehmer. Mehrere regionale Gliederungen des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes hatten sich gegen eine Annahme des Schlichtungsspruchs ausgesprochen und auf der ursprünglichen Unternehmerforderung nach einer Lohnpause von 12 Monaten beharrt. Nur mit einer knappen Mehrheit kam im Unternehmerverband doch eine Annahme des Schlichtungsspruchs zustande.

Nach Angaben eines Sprechers der Bauunternehmer kam der Widerstand vor allem aus dem Bauhandwerk, also von den kleineren Unternehmern. Im Bauhandwerk ist die Mehrheit der Bauarbeiter beschäftigt.

Allgemein wird gegenwärtig von den Unternehmerfunktionären im Vergleich zu den vergangenen Jahren weniger über „Lohnpausen" geredet. Es soll Gewerkschaftsfunktionäre geben, die daraus den Schluß ziehen, in der nächsten Zeit sei es leichter Lohnerhöhungen durchzusetzen als Arbeitszeitverkürzungen. Das Beispiel Bauindustrie aber zeigt, daß unter großem Krisendruck die Kapitalisten in der Lohnfrage keineswegs kompromißbereiter sind.

Trauriger Rekord

519281 Jugendliche haben sich nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit bis jetzt allein bei den Arbeitsämtern um eine Lehrstelle beworben. 346034 von ihnen hatten bis Ende März immer noch kein Vermittlungsangebot. Und viele von ihnen werden auch keine Lehrstelle bekommen. Das steht jetzt schon fest.

Denn von den 371818 Ausbildungsplätzen, die den Arbeitsämtern in den ersten sechs Monaten des Berufsberatungsjahres 84/85 gemeldet wurden, sind nur noch 119126 Lehrstellen noch unbesetzt. Die Arbeitsämter haben also — statistisch gesehen — pro Lehrstelle, die sie vermitteln können, fast drei Bewerber.

Mehrmals haben wir im Roten Morgen über eine Initiative von Betriebsräten und Gewerkschaftern berichtet, die anläßlich der Flick-Affäre den Rücktritt von Kanzler Kohl und Neuwahlen fordert. Sie wandte sich jetzt mit folgender Anzeige in der TAZ an die Öffentlichkeit. Wir werden versuchen, in einer der nächsten Ausgaben des Roten Morgen konkreter über die Erfahrungen der Initiatoren zu berichten.

"Die Initiative "Kohl - Rücktritt und Neuwahlen", die Ende 1984 / Anfang 1985 unter den nachfolgenden Aufruf im Kreis von Betriebsrats-, Personalratsmitgliedern und gewerkschaftlich Aktiven Unterschriften gesammelt hat, wendet sich angesichts der geplanten Beendigung des Flick - Ausschußes hiermit noch einmal an die Öffentlichkeit.
Aufruf und Unterschriften wurden in einem persönlichen Gespräch der Bundestagsfraktion der GRÜNEN übergeben (Willi Hoss); da ein Gespräch bei der stv. SPD - Fraktionsvorsitzenden Frau Däubler - Gmelin bisher nicht zustande kam, wurden Aufruf und Unterschriften der SPD - Fraktion zugesandt."

Initiative fordert:

Kohl-Rücktritt und Neuwahlen!

Die bisher bekannt gewordenen Tatsachen in der Affäre Flick haben ergeben:

- **Zahlreiche Spitzenpolitiker vor allem der Regierungskoalition haben enorme Zuwendungen vom Flick-Konzern erhalten: Bundeskanzler Helmut Kohl über 650000 Mark, Außenminister Genscher über eine Million Mark, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erheblich über eine Million Mark. Insgesamt belegen die bislang bekannt gewordenen Unterlagen aus dem Flick-Konzern Zuwendungen an die Parteien der Regierungskoalition von über 21 Millionen Mark.**
- **Bundeskanzler Helmut Kohl ist nicht in der Lage, die Behauptung, sein Weg an die Spitze der CDU und damit letztlich auch ins Bundeskanzleramt sei von Flick freigekauft worden, glaubwürdig zu entkräften.**

Für uns als Betriebsräte, Personalräte und gewerkschaftlich Aktive sind Politiker als Amtsinhaber nicht tragbar, die kalt Ausgesperrten Zahlungen der Arbeitsämter vorenthalten, selbst aber ihre Spitzengehälter durch Konzern„spenden" aufbessern. Deshalb fordern wir:

- **Offenlegung aller Fakten in der Flick-Affäre und zum gesamten Filz Großkapital/Politik;**
- **den Rücktritt von Bundeskanzler Helmut Kohl;**
- **Neuwahlen zum Bundestag.**

Wir wenden uns insbesondere an die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN mit der Aufforderung, diese Forderungen zu unterstützen und dafür parlamentarisch initiativ zu werden.

Angaben zur Funktion und Gewerkschaftszugehörigkeit dienen ausschließlich zu Informationszwecken.

Abraham, Ute, ÖTV, Kreisfrauenausschußvorsitzende, Leverkusen; Adriani, Henrich, Mitglied des Gesamtpersonalrats, Bornheim-Waldorf; Adami, Tonia, IGM, BR, Leverkusen; Allmers, Wolfgang, IGM, VK, Hamburg; Andreas, Wolfgang, ÖTV, Aachen; Adler, Carmen, Steuerberatungsbüro; Avci, Haydar, Tuchfabrik Emil Chmel, Aachen; Ay, Fatma, Andree Zigarrenfabrik, BR, Königslutter; Bappert, Hannelore, HBV, Vertrauensfrau, Ludwigshafen; Barkowsky, Christoph, IG Druck, BR-Vorsitzender, Hamburg; Bars, Astrid, IGM, BR, Hamburg; Bartels, Klaus, BR, Frankfurt; Barteczko, Eckehard, IGM, Ersatz-BR, Köln; Bartsch, Werner, BR; Bartasch, Marion, HBV, BR, Düsseldorf; Baumann, Siegfried, Still, Hamburg; Becker, H., Klöckner, VKL, Bremen; Beinenz, Alex, Lufthansa, Frankfurt; Bengs, Barbara, BR, Bochum; Bielefeld, Heiner, DPG, PR, Bremen; Blaull, Karlheinz, IG Chemie, BR, Mannheim; Berberich, Hermann, ÖTV, Vertrauensmann, Frankfurt; Bewersich, Heinz, HDW, Hamburg; Bömer, Norbert, Hoesch Stahl AG, Werk Union, BR, Dortmund; Born, Helmut, HBV, stv. BR-Vorsitzender, Düsseldorf; Botte, Oskar, HDW, Hamburg; Bracker, Contrans, Hamburg; Brinkmann, Angelika, DPG, PR, Bremen; Brockmann, D., GESTRA AG, Bremen; Broll, Wacker-Chemie, Köln; Brühl, Dagmar, ÖTV, VF, Köln; Bultmann, John, DPG, PR, Bremen; Burmeister, Johannes, H. Maihak AG, Hamburg; Busch, Jutta, Uni-Klinik, PR, Kiel; Buschmann, Günther, HBV, BR, Wilhelmshaven; Busse, Herbert, HDW, Hamburg; Buchholz; Chibi, Anne, IGM, BR, Witten; Comoutt, Studentenwerk, Aachen; Cvrkalj, Nico, HDW, Hamburg; Dehren, K.-D., ÖTV, Aachen; Dender, Alfred, Studentenwerk, Aachen; Depta, Edmund, IG Chemie, BR, Mannheim; Dietenberger, Manfred, Gewerkschaftssekretär, Waldshut; Dirkes, Herrmann, IGM, Ers.-BR, Duisburg; Dirks, Hermann, ÖTV, Duisburg; Dörfer, Erna, IG Chemie, BR, Mannheim; Dörr, Christina, ÖTV, Langenfeld; Dohmen, Hans-Peter, Gewerkschaftssekretär, Krefeld; Dyla, Walter, IGM, BR-Vorsitzender, Duisburg; Dziergwa, Petra, ÖTV, VF, Langenfeld; Eberhardt, Jürgen, Finanzamt Gelnhausen, Flörsbachtal; Efferts, J., Wacker-Chemie, Köln; Engler, Eva, Frankfurt; Eggers, Jürgen, IGM, BR, Peine; Elling, K., Aarbergen; Engelhardt, Manfred, Studentenwerk, Aachen; Erwert, Monika, ÖTV, Aachen; Ewald, Regina, Aachen; Faust, Klaus, IGM, BR, Mainz; Fellmann, U., Wacker-Chemie, Köln; Fesser, Elke, ÖTV, BR; Feuerheim, Ulrich, IGM, BR-Vorsitzender, Mainz; Fieseler, Heinz-Günter, ÖTV, Köln; Fischer, Andrea, IG DruPa, Berlin; Flöder, IGM, VM, Peine; Flohr, W., Klöckner, BR, Bremen; Fuhlendorf, Sabine, ÖTV, VKL, PR-Ersatzmitglied, Hamburg; Gehlen, Bernd, ÖTV, VKL-Leitung, Köln; Gehrenden, Birgit, ÖTV, VF, Leverkusen; Geng, Bernd, SEL Rheinkabel, BR, Köln; Giese, R., IGM, VKL, Bremen; Glöß, Elly, IGM, BR, Nürnberg; Gödecken, Helmut, IGM, VKL, Hamburg; Grabe, J., Gießen; Grams, Adalbert, IGM, Lübeck; Grönow, Volkmar, Berufsfeuerwehr, Offenbach; Gramsück, Thomas, IGM, BR, Mainz; Gross, Peter, ÖTV, Kreisdelegierter, Langenfeld; Gramüller, N., Wacker-Chemie, Köln; Häsel, Horst, Post FA 2, PR, Bremen; Härtel, Günter, UNIROYAL, Aachen; Hafner, Jürgen, IGM, BR; Hansen, Törk, Sintermetall, BR, Lübeck; Haye, Ursel, ÖTV, VF, Düsseldorf; Heier, Joachim, Dogmoch, BP, Ludwigshafen; Heimich, Friedrich, BR, Bayreuth; Heinrich, Jürgen, Holsten-Brauerei, Neumünster; Heise, Citta, Studentenwerk, Aachen; Heitzmann, Udo, Stadtentwässerung, Frankfurt; Helfrich, Elisabeth, ÖTV, Frankfurt; Heller, Otto, 2. IGM-Bevollm., Gefrees; Helm, Alfred, Sintermetal, BR, Lübeck; Hemmer, Eike, Klöckner, BR, Bremen; Heß, Werner, ÖTV, PR, Frankfurt; Hertag, Friedrich, IGM, BR, Bielefeld; Hermann, Bremer Tageszeitung AG, BR, Bremen; Hermann, Georg, Stadt Ludwigshafen, PR-Ersatzmitglied, Ludwigshafen; Herweg, Christiane, ÖTV, Aachen; Herzog, Gisela, IGM, BR, Dortmund; Hilbig, Peter, IGM, BR, Dortmund; Hoch, Waltraud, BR-Vorsitzende, Bad Beneck; Hombücher, Elke, ÖTV, VF, Köln; Horn, Bremer Tageszeitung AG, BR, Bremen; Hürten, Manfred, ÖTV, VLK-Leitung, Köln; Ill, Dorothea, ÖTV, Berlin; Ipach, Manfred, IGM, BR, Duisburg; Janetzek, Klöckner, BR, Bremen; Jansen, A., Prey, Kiel; Jansen, R., Siemens, Kiel; Johannsen, Karl-Ludwig, HDW, BR, Kiel; Kahlke, Gudrun, ÖTV, Bremen; Kaiser, Wolfgang, HBV, BR, Braunschweig; Karahasan, Tekin, ÖTV, Jugendvertreter, VM, Frankfurt; Kay, Peter, H. Maihag AG, BR, Hamburg; Kehlen, K.-D., Aachen; Keltenborn, Bruno, IG DruPa, Berlin; Klatt, W. Siemens, Kiel; Klockmann, P., Kellinghusen; Klostermann, Brigitte, Aachen; Klug, Jürgen, ÖTV, PR, Frankfurt; Klug, Klaus, ÖTV, Vertrauensleutesprecher, Leverkusen; Knüpfer, Stamatia, BR, Witten; Koch, Christa, ÖTV, Köln; Koch, Peter, IG DruPa, BR, Stuttgart; Koch, Siegfried, Ev. KGM Bergen-Enkheim Hanau; Kock, Otto, HDW, Hamburg; Köller, Lothar, IGM, VKL, Ersatzbetriebsrat, Mainz; Köhnke, Günter, Sintermetall, BR, Lübeck; Kohler, Herbert, Gewerbeschule IV, Dortmund; Kolbe, Christian, ÖTV, PR, Kiel; Koloska, Holger, KATAG AG, BR, Bielefeld; Kolmes, Rainer, Stadt Frankfurt, Offenbach; Kornrumpf, Hans-Günter, ÖTV-Kreisdelegierter, F2, Langenfeld; Koschatjak, Willi, ÖTV, VM, Nürnberg; Krämer, Ursula, ÖTV, PR, Langenfeld; Krause, Kay, ÖTV, Hannover; Kretzing, Erna, ÖTV, Langenfeld; Kroeger-Weise, ÖTV, Bremen; Kruse, Michael, ESTE-Trans, Bremen; Kühnle, Jürgen, HDW, Hamburg; Lagoczki, Dieter, Lautzen; Lampe, Alfred, HDW, Hamburg; Lang, Willi, ÖTV, PR-Vorsitzender, Frankfurt; Lange, Lothar, HDW, BR, Kiel; Langhorst, Horst, DPG, JV-Vorsitzender, Bremen; Langlotz, Theo, IGM, VM und Delegierter zur 12. IGM VLK, Mannheim; Las, Ilso, IGM, Lübeck; Lauber, Harry, ÖTV, Vertrauensleuteleitung, Köln; Lemcke, Manfred, Still, Hamburg; Lemke, Günter, Wacker-Chemie, Köln; Leon, Jose, HDW, Hamburg; Leven, Wilhelm, ÖTV, Vertrauensleuteleitung, Langenfeld; Lewandowski, Hartmut, PR, Velbert; Lingnau, Winfried, ÖTV, VM, Köln; Liphoff, Lutz, IGM, stv. BR-Vorsitzender, Bad Salzuflen, Löhr, Kurt, ZDL, Aachen; Lorenz, Alfred, Krankenhaus Bremen, PR, Bremen; Lorenz, Wolfgang, Deutscher Ring, BR, Oststeinbeck; Ludwig, B., BFA-Taunus-Klinik, Nauheim; Lütkemeier, Petra, ÖTV, Aachen; Lützen-Weinhausen, Heinz, Städtische Krankenanstalten Köln, Köln; Lux, Gerd, IGM, BR, Berlin; Lux, Harald, ÖTV, Wuppertal; Maaz, Ulrich, Hannover; Mahler, Holger, HDW, Hamburg; Malek, Manfred, IGM, VM, Langenfeld; Mathiessen, Christian, IGM, Hamburg; Matthiessen, Christine, DR, Hamburg; Mayer, Volker, Krankenhaus *Nordwest*, Hamm; Meckel, Walter, H. Maihak AG, BR, Hamburg; Meier, C., Studentenwerk, Aachen; Melacha, Fritz, IGM, VKL, BR, Hamburg; Melzig, Ute, IG DruPa, BR-Vorsitzende, Schwarzenbruck; Menkhoff, Reinhard, IGM, BR, Dortmund; Metzroth, Michael, IGM, VM, Mainz; Michels, Paul, ÖTV, Aachen; Milbradt, R., Klöckner, BR, Bremen; Möller, Kurt, H. Maihak AG, Hamburg; Moborle, Andrea, IGM-VV, Asthein; Mohr, Michael, IG DruPa, Mannheim; Moneta, Jakob, ehem. Chefredakteur der „metall", Frankfurt; Morales, Eliseo, ÖTV, PR, Frankfurt; Morgenstern, Rainer, ÖTV-KV, Leverkusen; Morlock, Werner, IGM, BR-Vorsitzender, Hudesheim; Müller, Bremer Tageszeitung AG, BR, Bremen; Müller-Landré, Goetz, HDW, Hamburg; Müller, Kay, DPG, PR, Bremen; Müller, Manfred, ÖTV, PR, Burscheid; Müller, Norbert, ÖTV, PR, Offenbach; Münch, Rolf, Dogmoch, BR, Ludwigshafen; Naecker, Uwe, DPG, Ersatz-PR, Bremen; Napewotzki, Dieter, HDW, Hamburg; Neuenhaus, Hans Josef, ÖTV, VM, Berglsch-Gadbach; Neumann, Georg, IGM, VK, Hamburg; Nemser, Rolf, DPG, PR, Bremen; Nissen, Waltraut, ÖTV, PR, Kiel; Oblasser, Günter, Studentenwerk, Aachen; Oehm, Paul, GEW, Nürnberg; Ott, Dietrich, Stadt Rüsselsheim, Neuheim; Pabst, Wolfgang, Studentenwerk, Padenberg; Paltian, Klaus, ÖTV, VM, Leichlingen; Panser, Eva, ÖTV, Langenfeld; Papageorgiou, Christos, PR-Ersatzmitglied, Kleve; Paukstat, Klaus, Mannesmann Duisburg, BR, Duisburg; Perrass, Jürgen, Thyssen Stahl AG, Duisburg; Peters, Rainer, ÖTV, Köln; Pfeffer, GHK, Fürth; Pfenning, ÖTV, VM, PR, Frankfurt; Pöttrich, Michael, Gewerkschaft Leder, Langenfeld; Prebski-Krämer, ÖTV, Cohnberg; Pyta, Konrad, IGM, BR, Duisburg; Raabe, Klaus-Dieter, IGM, Kiel; Radke, Uwe, Aachen; Ragusa, Rüdiger, IGM, BR, Dortmund; Raschke, Nikolai, IG DruPa, Berlin; Rathert, Manfred, PR, Essen; Rausch, Martin, Wacker-Chemie, Köln; Rausch, Willi, Dogmoch, BR, Ludwigshafen; Reimers, Lutz, ÖTV, stv. BR-Vorsitzender, Düsseldorf; Reinholz, G. Hamburg; Reinken, D., Klöckner, BR, Bremen; Richter, Erhard, Still, Jork; Richter, Klaus, Mannesmann Duisburg, BR, Duisburg; Riech, Joachim, ÖTV, Langenfeld; Rohr, Willi, Dogmoch, BR-Vorsitzender, Ludwigshafen; Roechig, W., Klöckner, BR, Bremen; Rosenberger, Peter, BR-Vorsitzender, Hof; Rostalski, K.H., Klöckner, BR, Bremen; Roth, Angela, HDW, Hamburg; Roth, Klaus, Bayer, BR, Köln; Rubner, Pia, HBV, Nürnberg; Ruhrmann, Rolf, IGM, BR, Duisburg; Sader, Karin, Lollar; Salvers, Hans-Jürgen, Sintermetall, BR, Lübeck; Sasse, Manuel, Langenfeld; Schaake, Hans Dieter, KWU, BR, Berlin; Schabram, Günter, St.-Josef-Schule, Düren; Schade, Ingo, HBV, BR-Vorsitzender, Düsseldorf; Scheier-Eckstein, Sybille, NUR-Touristik GmbH, Frankfurt; Schilp, Klaus, IGBSE, GBR-Vorsitzender, Düsseldorf; Schiesse, Astrid, Ersatz-PR, Langenfeld; Schlicht, Bremer Tageszeitung AG, BR, Bremen; Schlote, Franz-Josef, Mannesmann, BR, Duisburg; Schlodtermann, H., Wacker-Chemie, Köln; Schlüter, Hans, ÖTV, PR, Langenfeld; Schmidt, Cornelia, ÖTV, Nürnberg; Schmidt, Solveig, IG DruPa, Berlin; Schnoor, Annette, Siemens, BR-Vorsitzende, Bochum; Schöntehier, Karin, ÖTV, PR, Leverkusen; Schoofs, Horst, Mannesmann, BR, Duisburg; Schopp, Annette, ÖTV, Düsseldorf; Schoppe, W., Klöckner, BR, Bremen; Schöning, Jutta, IGM, VK, Hamburg; Schüring, Hans-Jürgen, IGM, Leiter VK, Duisburg; Schulte, Anna, IGM, BR, Hattingen; Schulze, F., Branddirektion, Frankfurt; Schulzke, Karl, IGM, BR-Vorsitzender, Hückelhoven; Schwarz, Erwin, IGM, BR, Ingelheim; Schweda, Bernd, Dogmoch, BR, Ludwigshafen; Seel, Franz, IGM, BR, Mainz; Seidel, Horst-D., DPG, PR, Bremen; Seifert, Erika, Praxisgemeinschaft Rieddstadt, Darmstadt; Seifert, Wilfried, DPG, PR, Bremen; Seifert, Volker, ÖTV, Darmstadt; Senger, Michael, KWU, BR, Berlin; Siemon, Hartmut, Hoesch Stahl AG, Union, BR, Dortmund; Sistemich, Marita, ÖTV, Aachen; Söhnken, J., HAPAG-Lloyd; Spach, Manfred, ÖTV, Duisburg; Stein, Barbara, DR, Hamburg; Stelzer, Heinrich, BR-Vorsitzender, Geroldsgrün; Steuber, Margot, ÖTV, Vertrauensleuteleitung, Monheim; Sticht, Jerry, IGM-Sekretär, Engelmannsreuth; Stöhr, A., Siemens, Kiel; Störmer, Frank, Bayer, Leverkusen; Stoffregen, Jörg, IGM, BR, Langenfeld; Ströhlein, Hannes, GEW, Nürnberg; Strohmenger, Norbert, ÖTV, PR, Langenfeld; Strunz, Gerhard, BR-Vorsitzender, Regnitzlosau; Thannhäuser, Thomas, Moller-Werke, BR, Bielefeld; Thannhäuser, Uwe, Gieseking, Ersatz-BR, Vertrauensleute-Sprecher, Bielefeld; Thiele, Uwe, ÖTV, Ersatz-BR, Langenfeld; Thielebein, Kurt, IGM, BR, Hamburg; Tiedemann, Peter, HDW, Ersatz-BR, Kiel; Tietje, Hildegard, H. Maihak AG, Hamburg; Tilmann, K., GESTRA AG, Bremen; Tempel, Uta, Dogmoch, stv. BR-Vorsitzende, Ludwigshafen; Traband, H.-Michael, IGM, VM, Langenfeld; Trautmann, Klaus, IGM, BR, Mainz; Treißeb, Carmen, NUR-Touristik GmbH, Frankfurt; Vbilas, Renan Mesias, ÖTV, Köln; Volkmann, Bernd, ÖTV, PR, Düsseldorf; Vollert, Barbara, Uni-Klinik, PR, Kiel; Voss, Heike, DPG, PR, Bremen; Voß, Helmut, ÖTV, PR, Düsseldorf; Wbanski, Bruno, Mannesmann, BR, Duisburg; Weber, Heinz, Sozialverwaltung Frankfurt, Offenbach; Weber, Peter, ÖTV, Ersatz-PR, Langenfeld; Weidner, Alfons, BR, Friedenfels; Weissert, Tobias, BFW, BR, Frankfurt; Weißmann, Fritz, HBV, Nürnberg; Wenmackers, Lutz, ÖTV, Langenfeld; Wenzel, Horst, IGM, VK, Hamburg; Wepper, Fritz, IGM, Schwerbehinderten-VM, Dortmund; Werdier, Dieter, Klinikum, Aachen; Werth, Michael, Saarbergwerke AG, Saarbrücken; Westmeier, ÖTV-Kreisdelegierter, Leichlingen; Wetzling, Peter, IGM, VKL, Hamburg; Wexel, Holger, ÖTV, Vertrauensleute-Sprecher, Köln; Wichmann, Heide, IGM, BR, Erlangen; Wiend, Margarethe, Mülheim; Wiesmann, Gisela, ÖTV, Ersatz-PR, Langenfeld; Wiesmann, Herbert, IGM, BR, Langenfeld; Wolters, Peter, HBV, Aachen; Wyda, Rainer, BR-Vorsitzender, Marktredwitz; Zader, E., Contrans, Hamburg; Ziegler, Michael, Hannover; Zielinski, H.F., Klöckner, VKL, Bremen; Zimbal, Michael, IGM, Hildesheim; Zimmermann, Martina, ÖTV, VF, Düsseldorf; Zimmermann, Wolfgang, ÖTV, PR-Vorsitzender, Langenfeld; Zintl, Oswald, BR-Vorsitzender, Waldeshof; Zumpe, M., Diak. Werk, Hanau.

Dieser Aufruf wird außerdem unterstützt durch den Betriebsrat (15 Mitglieder) und den IGM-Vertrauenskörper (128 Mitglieder) der Firma Still GmbH, Hamburg.

Kontaktadresse: Klaus-Dieter Raabe, Bielenbergstr. 36, 2300 Kiel 14, Telefon (0431) 735245; Wolfgang Zimmermann, Neustraße 10, 4018 Langenfeld.

Siemens/Witten

Gewerkschaftsverfahren gegen Belegschaftsliste

Bei der letzten Betriebsratswahl errang bei Siemens in Witten die Vereinigte Belegschaftsliste die absolute Mehrheit der Stimmen im Arbeiterbereich, nachdem die Ortsverwaltung der IGM durchgesetzt hatte, daß ausgesprochene Unternehmerleute auf die Liste der IGM kamen, und keine Persönlichkeitswahl stattfinden durfte. Gegen Kolleginnen und Kollegen der Belegschaftsliste laufen jetzt Gewerkschaftsverfahren. Dazu im folgenden ein Artikel des „Roten Lautsprecher", der Betriebszeitung der KPD.

So um Mitte April finden jetzt die Verfahren gegen vier Kolleginnen statt, die zur Betriebsratswahl nicht auf der Liste der IGM kandidiert haben. Das geht so ähnlich vor sich, wie ein Prozeß. Das „Gericht" besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern von jeder Seite. Ankläger ist Kollege v.d. Heide. Der auf jeden Fall, der erzählt das ja überall rum. Wahrscheinlich hat auch der Rest der Truppe: Rein, Schäfer, Gratzki, Markgraf den Antrag unterschrieben. Klar, die haben's nötig! Vor allen Dingen v.d. Heide, der sowohl 1978 als auch 1981, also bei beiden vorhergegangenen Betriebsratswahlen auf einer eigenen Liste gegen die IGM-Liste kandidiert hat. Ohne daß er ein Verfahren gekriegt hätte! Ausgerechnet v.d. Heide, der '81 vom Krankenhaus aus die Kolleginnen immer wieder zu Hause angerufen hat und belabert hat, sie sollten doch mit ihm eine Liste machen, für ihn Unterschriften sammeln, für ihn Propaganda machen. Ausgerechnet der, dem es immer nur um seinen Posten ging und den die IGM einen Dreck geschert hat, ausgerechnet der ist jetzt der Ankläger!

Aber davon mal abgesehen. Was ist eigentlich so schlimm daran, auf einer anderen Liste zu kandidieren? Warum soll man dafür bestraft werden? Wegen der Einheit, sagt die IGM. Einheit der Gewerkschaft, Einheit der Belegschaft, deshalb müssen alle IGM-Mitglieder auf der IGM-Liste kandidieren. Sicher, für Einheit sind wir auch, ganz entschieden. Auch die Werksleitung, nehmen wir an, ist für Einheit. Nämlich für eine Belegschaft, die sich einheitlich nicht wehrt. Das kann es doch nicht sein. Es kann doch nicht egal sein, worüber man sich einig ist! Wenn die Ortsverwaltung der IGM es duldet, daß die IGM-Liste von Leuten besetzt wird, die genauso für die Entlassung gestimmt haben, wie sie jetzt für Überstunden stimmen, die letztlich für alles stimmen, was Siemens will, wenn die IGM das duldet, dann muß sie allerdings auch dulden, daß andere, die die Beschlüsse der Gewerkschaft ernst nehmen, dagegen kandidieren. Wenn solche Leute die IGM-Liste sind, dann muß die IGM uns, den Gewerkschaftsmitgliedern, der Belegschaft allerdings das Recht geben, uns gegen die IGM-Liste zu entscheiden. Wegen der Einheit — wegen der Einheit im Kampf gegen Entlassungen, gegen Akkorderhöhungen, gegen Überstunden, für die 35-Stunden-Woche! Die Belegschaft hat sich entschieden. Gegen die IGM-Liste, für die Vereinigte Belegschaftsliste. Daran wird kein Verfahren — als späte Rache der Unterlegenen — etwas ändern.

Aber wie die Gewerkschaftsarbeit hier in den nächsten Jahren aussehen wird, welchen Einfluß die Vertrauensleute haben, ob Gewerkschafter das Sagen haben oder CDU-Blüm-Freaks, das entscheidet sich unter anderem bei diesem Verfahren. Und die Ortsverwaltung der IGM hätte allen Grund, sich das gut zu überlegen...

2 Tage dabei

Dänemark im Streik



Am Mittwoch, 10. April in Kopenhagen

Zur Information

Das System der Gewerkschaften ist praktisch identisch mit dem System in England, also einem Dachverband (LO), in dem eine große Zahl landesweiter und lokaler Gewerkschaften organisiert sind, die im wesentlichen nach Berufsgruppen organisiert sind. So gibt es z.B. auf der größten Werft in Kopenhagen 22 Gewerkschaften, von den Metallern, über die Elektriker bis hin zu den „Ungelernten".

Ebenso wie in England gibt es das System der „shop stewards", etwa wie Vertrauensleute, nur mit einem erheblich größeren Gewicht als etwa die Vertrauensleute in der IGM. Sie sind Entscheidungsträger der Gewerkschaftsbewegung.

Bereits 1973 hatte sich in der damaligen Auseinandersetzung ein System der „shopsteward"-Komitees herausgebildet, in denen sich Vertrauensobleute aus allen Branchen und Betrieben zur Beratung eines gemeinsamen gewerkschaftlichen Handelns trafen. Diese Konferenzen wurden natürlich von den meisten Gewerkschaftsspitzen mißbilligt, waren aber in der diesjährigen Auseinandersetzung der Träger der großen Kampfaktionen.

8.4. Unsere Überfahrt mit der Fähre ist unbehelligt. Es gibt keine Zeitverzögerungen oder sonst mögliche Hinweise auf den Streik. Als wir im Auto Richtung Kopenhagen fahren, hören wir in den NDR-Nachrichten noch einmal die Meldungen vom Abbröckeln der Streikfront. Haben vielleicht die vielen Osterfeiertage doch demobilisierend gewirkt? Wir sind gespannt, was uns die Genossen unserer Bruderpartei in Kopenhagen berichten werden und was wir in der kurzen Zeit, die wir uns hier aufhalten werden, sehen können.

Sofort nach unserer Ankunft empfehlen uns die Genossen, zu einer der wichtigsten Blockaden zu fahren, um selber zu sehen, daß die Aktionen weiterlaufen. Diese Blokkade gilt der „Ölinsel", dem zentralen Depot für Öl und Benzin, das auf einer kleinen Insel in der Nähe von Kopenhagen liegt. Wir kommen jedoch nicht bis zur Blockade durch, weil es bereits heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben hat und sie einen doppelten Ring um die Streikposten gezogen hat. Aber mit uns sind ca. 100 Streikposten, und ein LKW-Fahrer hat seinen LKW als weitere vorgezogene Absperrung quergestellt. Die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen ist gelöst, aber dann und wann flackert Wut einzelner gegen die Polizeikette (die, wie uns berichtet wird, aus Spezialeinheiten der Polizei zusammengestellt ist) und auch gegen herausfahrende PKW's, in denen wohl Streikbrecher des Depots sitzen, auf.

Teilnehmer an der Blockade berichten uns, daß heute, einen Tag nach Ostern, die Auseinandersetzungen mit der Polizei heftiger geworden sind, daß es offensichtlich die Absicht der Regierung ist, jetzt massiver gegen die Streikenden vorzugehen. Sie informieren uns darüber, daß sie aus verschiedenen Betrieben Kopenhagens kommen, die im Streik stehen. Die Genossen berichten uns später, daß diese Streikposten und Blockaden inzwischen für Kopenhagen zentral organisiert werden. Eine Koordinationsstelle teilt den Kolleginnen und Kollegen mit, wo Streikposten gebraucht werden. Dabei spielen bei der Organisierung dieser Blockaden drei kleine lokale Radiostationen eine wichtige Rolle. Sie haben offen ihre Unterstützung für den Streik erklärt und melden regelmäßig die Stellen und die Zahl an Streikposten, die für die Blockaden gebraucht werden.

Das blockierte Tanklager (sh. Bericht)

Bei unserer Rückkehr zu den Genossen berichten sie uns von einem wichtigen Ereignis an diesem Nachmittag. Es hat eine Versammlung von 3000 „shop stewards" stattgefunden, die mehrheitlich den Beschluß gefaßt hat, die Streik- und Blockade-Aktionen auch nach Mittwoch, dem großen Aktionstag, weiterzuführen. Dabei ist es gelungen, eine einheitliche Stoßrichtung aller politischen Gruppierungen und Gewerkschaften, die in diesem Streik eine Rolle spielen, zu erreichen.

Die zentralen Forderungen sind dabei einmal an die Gewerkschaftsführung gerichtet: Öffnung der Streikkassen für die Streikenden und Rückzug der Gewerkschaftsvertreter aus den „Arbeiterkammern" — Einrichtungen der sozialen Partnerschaft in Dänemark, in denen Gewerkschaften und Arbeitgeber paritätisch vertreten sind. Diese Arbeiterkammern sind so etwas wie Schiedsgerichte, die z.B. im Moment von den Arbeitgebern genutzt werden, um Strafen gegen Streikende zu erwirken, da diese Aktionen sich angeblich gegen die Friedenspflicht richten.

Weiter beschließt diese Vollversammlung der „shop Stewards", den Kampf unter folgenden Schwerpunkten fortzusetzen: Fall des Schlüter-Diktats, volle Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhungen entsprechend dem Inflationsausgleich.

Eine weitere Vollversammlung wird beschlossen, zu der auch Vertreter aus den anderen großen Städten Dänemarks eingeladen werden sollen. Dies soll der Vor-

bereitung einer landesweiten Vollversammlung der „shop-stewards" dienen.

Alle diese Beschlüsse waren deshalb so wichtig, weil in der Woche vor Ostern noch jede direkte Stellungnahme gegen die Gewerkschaftsführung verhindert worden ist. Ja, die Führung des shop-steward-Komitees von Kopenhagen, die von der dänischen DKP beherrscht wird, wollte die Fortführung der Streik- und Blockadeaktionen ausschließlich als Aktionen gegen das Schlüter-Diktat und die Regierung und nicht als Fortsetzung des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung. Insofern zeigten diese Beschlüsse eine wichtige Veränderung.

Mittwoch: Heute ist der große Aktionstag, und wir haben uns entschlossen, vor der Großkundgebung vor dem Parlament noch einmal zur Blockade zu fahren. Wieder sind 200 Kolleginnen und Kollegen dort, einige haben die ganze Nacht in der Kälte Posten gestanden, und ein großer Anteil der Streikposten sind heute morgen Kollegen von der größten Werft in Kopenhagen. Sie berichten uns, daß sie am Morgen in einer Versammlung beschlossen haben, sich am Streik zu beteiligen, nachdem sie gestern, einen Tag nach Ostern, noch gearbeitet haben. Auch bei ihnen spielt die Empörung über die Haltung der Gewerkschaftsführung (ihre Metallgewerkschaft verhält sich wie die LO Führung) eine erhebliche Rolle, und für sie spielt die Öffnung der Streikkassen und der Rückzug der Gewerkschafter aus den „Arbeiterkammern" eine wichtige Rolle.

Warum die 35-Stunden-Woche? Sie zeigen sich sehr überzeugt, daß das ein wirkliches Mittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit in Dänemark ist. Die Friedenspflicht, so erklären sie uns, gilt für sie solange nicht, solange die Regierung Schlüter ihnen diktieren will, was sie zu akzeptieren haben. Friedenspflicht ohne einen Abschluß der Verhandlung, ohne Abstimmung darüber in den Gewerkschaften, das können sie nicht einsehen.

Während unserer Gespräche allerdings müssen wir aufpassen, denn auch heute ist die Polizei nicht zum Spazierengehen gekommen. Sie geht brutal gegen die Ketten der Streikposten vor, um die Tore für Lkws freizubekommen. Aber wenn ihnen das kurz gelingt, schließt die Kette sich schon bald wieder, die Kolleginnen und Kollegen sind mächtig sauer. In der Zeit, in der wir uns bei dieser Blockade aufhalten, gelingt es nur wenigen Lkws, durchzukommen.

Auf dem Rückweg können wir zwei Dinge feststellen, die anders sind als gestern: einmal sehen wir wirklich keine einzigen Bus, und wir erfahren später, daß der Busverkehr hundertprozentig im Streik ist, und zweitens strömt eine immer größere Zahl von Menschen Richtung Innenstadt. Wir können uns jetzt langsam vorstellen, wie das in der letzten Woche gewesen sein muß, als gleich an zwei Tagen, am Montag und Dienstag über 100000 Menschen bei der Kundgebung gegen das Schlüter-Diktat waren.

Letzte Woche hatten die Gewerkschaftsführung und die Sozialdemokraten höflich geschwiegen, diesmal aber hatten sie offen dagegen aufgerufen. Sie hatten aufgerufen, nach Ostern die Protestaktionen und Streiks und Blockaden einzustellen. Dieser Aufruf hatte jedoch nicht die geringste Wirkung. Als wir beim Kundgebungsplatz ankommen, finden wir eine unüberschaubare Menschenmenge vor. Natürlich können wir die Anzahl schwer schätzen und vergleichen können wir auch nicht, aber wie wir später erfahren, sprechen die Veranstalter von 150000 bis 200000 Teilnehmern und das nur in Kopenhagen.

Ähnlich gewaltige Demonstrationen finden in allen größeren Städten Dänemarks statt. So stellt sich das Abbröckeln des Kampfes sehr anschaulich als Seifenblase von denen heraus, die gehofft haben, nach Ostern sei nun Schluß. Die Kundgebung ist kämpferisch und all die Forderungen, die in der Resolution der „shop stewards" enthalten waren, werden unter großem Beifall aufgenommen.

Übrigens, um einen Eindruck über die Teilnehmer zu geben: alle Kindergärten und Schulen mußten heute wegen des Streiks schließen, selbst die überwiegende Zahl von Beschäftigten in den Ministerien sind in den Ausstand getreten, natürlich die Busfahrer und große Teile der Privatindustrie. Es ist schon so etwas wie ein Generalstreik, den Dänemark heute erlebt, und das ohne Unterstützung, ja gegen den erklärten Willen der Gewerkschaftsführer.

Allerdings sind hier auch einzelne Führer kleinerer Gewerkschaften, wie z.B. die Elektrikergewerkschaft, deren Vorsitzender eine kämpferische Rede hält und unter großem Beifall mitteilt, daß sie beschlossen hätten, den streikenden Elektrikern Streikgelder zu zahlen. Vor der Gewerkschaft der ungelernten Arbeiter hatte es gestern eine große Demonstration für diese Forderung gegeben. Überhaupt scheinen die Ungelernten und große Teile des öffentlichen Dienstes besonders kämpferisch in dieser Auseinandersetzung. Sie trifft ja in der Tat das 2-Prozent-Diktat (und die Stunde Arbeitszeitverkürzung Ende nächsten Jahres ohne Lohnausgleich) bei einer Inflation von 6 bis 7 Prozent besonders hart.

Am Ende der Kundgebung wird die erwähnte Resolution der „shop steward"-Konferenz von Kopenhagen verlesen und zur Abstimmung gestellt. Sie findet unter großem Applaus die Zustimmung der Anwesenden.

Nach dieser eindrucksvollen Demonstration endet unser Aufenthalt, allerdings mit gemischten Gefühlen. Die Bereitschaft, gegen das Schlüter-Diktat zu kämpfen, gegen den Krisenkurs dieser bürgerlichen Regierung sich zu wehren, scheint weit verbreitet. Auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, nach der 35-Stunden-Woche, hat vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit große Popularität. Allerdings treffen wir in den Gesprächen immer wieder auf die Sorge, wie der Kampf ohne die Öffnung der Streikkassen weitergeführt werden soll und auf Zweifel, daß dies zur Zeit durchgesetzt werden kann. Dabei geht es nicht einmal allein um das Geld für den täglichen Lebensunterhalt, sondern zusätzlich drohen jedem Streikenden Geldstrafen durch die erwähnten „Arbeiterkammern" von täglich 55 DM.



Die Arbeiter bilden eine dichte Kette



Die Polizei greift ein...



... und schlägt auf die Blockierer ein.



Nach der Großkundgebung

Seit Donnerstag sind die Streikaktionen erheblich abgeflaut, die Blockaden sind praktisch eingestellt. In der Vollversammlung der „shop stewards" von Kopenhagen am Freitag, dem 12. April, wird dann tatsächlich mehrheitlich der Beschluß gefaßt, die Streikaktionen auf betrieblicher Ebene fortzuführen. Dies bedeutet praktisch das Ende dieser wichtigen Auseinandersetzung, denn ein Fall des Schlüter-Diktats und die Fortsetzung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche ist ohne die Fortsetzung der landesweiten Aktionen, ohne die Blockaden nicht vorstellbar.

Warum diese Wende? Zunächst bleibt festzuhalten: Dänemark stand zwei Wochen ganz im Zeichen dieses massiven Protestes gegen die offene Krisenpolitik des Kapitals und seiner Regierung. Die zahllosen Aktionen hatten praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt. Das alles ohne Billigung, ja direkt im Gegensatz zur Politik der LO-Führung und den Führungen der allermeisten Einzelgewerkschaften. Ihre Weigerung, den Streikenden die Streikkassen zu öffnen, ja ihre Beteiligung an den „Arbeiterkammern", aus denen den Streikenden Geldstrafen drohen, war offensichtlich ein wichtiger Punkt dafür, in welchem Umfang die selbständigen Kampfaktionen weitergeführt werden konnten.

In der ganzen Zeit waren vor allem die einflußreichen Kräfte um die dänische DKP bestrebt, eine Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung zu vermeiden. In den ersten Tagen hatten sie daher die Aktionen dann auch als reine Protestaktionen gegen das Schlüter-Diktat behandelt, nicht als Fortsetzung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche.

Sie warfen stattdessen die Losung von der „roten Regierung" auf, die nun gegen die Schlüter-Regierung hermüsse. Dabei hatten sie natürlich die Sozialdemokraten im Auge, die ja ihrerseits zur Beendigung der Streikaktionen aufgerufen hatten, um der Schlüter-Regierung bei den nächsten Wahlen einen Denkzettel zu verpassen.

Wie die Genossen unserer Bruderpartei berichten, war es ungeheuer schwierig, gegen die Kräfte der DKP und auch andere politische Strömungen, das Festhalten an den eigentlichen Forderungen zu erreichen. In der Resolution, die auf der Großkundgebung am 9. April vorgelesen und verabschiedet wurde, war das zum ersten Mal wieder der Fall. Dennoch war aber die unvermeidliche Konfrontation mit den Gewerkschaftsführungen bei Fortsetzung der großen Streikaktionen wohl der Hauptgrund, warum die DKP nun plötzlich auf Weiterführung des Kampfes auf betrieblicher Ebene orientierte. Fortsetzung des Kampfes, das hätte unweigerlich die Frage der Öffnung der Streikkassen zugespitzt, hätte eine direkte Mobilisierung gegen die LO bedeuten müssen.

Der Sturz der Schlüter-Regierung, der Fall des Diktats und die Fortsetzung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche war wohl nicht zu trennen von dem Kampf um die Streikkassen und damit von der direkten Auseinandersetzung gegen die Sozialdemokratie wollte vor allem die DKP vermeiden: gemäß ihrem Grundsatz, um jeden Preis politisch in den Augen der Sozialdemokratie hoffähig zu bleiben.

Reagan go home!



Mit einem besonderen Aufruf zu einer Demonstration gegen Reagan in Bonn haben sich jetzt Dorothee Sölle und Alfred Mechtersheimer an die Öffentlichkeit und an die Friedensbewegung gewandt. Der Aufruf ist bisher von verschiedenen Mitgliedern der Grünen, von Manfred Coppik als Sprecher der „Friedensliste", von Sonnhild und Ulli Thiel, Landesgeschäftsführer(in) des DFG-VK Baden-Württemberg u.a.m unterzeichnet worden. Wir unterstützen diesen Aufruf wärmstens und haben ihn nebenstehend abgedruckt, damit er möglichst weite Verbreitung findet. (Bei entsprechender Nachfrage werden wir ihn zentral nachdrucken. Also bitte melden, wenn Ihr ihn verteilen wollt.)

*****

Klar ist mittlerweile auch, daß nicht nur in Bonn, sondern auch in (bzw. in der Nähe von) Hambach gegen Reagan demonstriert werden wird. Folgende Aktivitäten sind geplant: Ein Bündnis, dem u.a. die Grünen Rheinland-Pfalz, DS Ludwigshafen, GIM, KB, KPD, Lateinamerika-Komitees u.a. angehören, ruft am Montag, 6.5. um 8.00 Uhr morgens zu einer Demonstration von Neustadt Richtung Hambach auf. (Treff Basar-Markt, Neustadt-Süd). Um 12.00 Uhr (also nachdem Reagan seine für 10.00 Uhr geplante „Rede an die deutsche Jugend" auf dem Hambacher Schloß gehalten hat), geht es um 12.00 Uhr von einem Platz in der Nähe von Hambach gemeinsam mit der Neustädter Initiative mit einer zweiten Demonstration zurück nach Neustadt. Dort gebinnt dann um 16.00 Uhr eine Kulturveranstaltung.

Aufruf zur Demonstration am 4. Mai in Bonn anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai in Bonn

Anfang Mai kommt Ronald Reagan wieder nach Bonn!

Bei seinem ersten Besuch 1982 haben Hunderttausende mit uns demonstriert aus Sorge um den Frieden, der durch die Aufrüstung mit neuen Atomwaffen immer mehr gefährdet ist.

Heute wird Reagan in zahlreichen Presseorganen immer wieder gelobt, weil er nun zu friedlicheren Worten gefunden habe, ja vielleicht noch als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen könne. Die Wahrheit ist, daß seit Reagans letztem Besuch der Rüstungsetat der USA um mehr als ein Viertel gestiegen ist. Die Wahrheit ist, daß über die Hälfte der vorgesehenen Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik inzwischen stationiert worden sind. Die erste Rakete ist bereits explodiert, angeblich ein harmloser Unfall.

Die Wahrheit über den Friedenspräsidenten ist, daß US-Truppen Grenada besetzt haben unter Ausschaltung der wichtigsten demokratischen Institutionen der USA, des Parlaments und der Presse. Nicaragua wird mit allen Mitteln „destabilisiert": die von der CIA bezahlten Söldner, Reagans „Freiheitskämpfer", haben die Vernichtung von Lebensmitteln zu einem ihrer Hauptziele im Krieg gegen das Volk gemacht; jede Frau, die ihnen in die Hände fällt, wird kollektiv vergewaltigt; der Mord auch an Kindern ist die Regel, nicht die Ausnahme.

Aber gerade wegen der öffentlichen Beruhigungspropaganda müssen wir heute ein deutliches Signal setzen und allen klarmachen, welche Gefahr von dem gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten ausgeht. Es ist seine erklärte Absicht, der Menschheit das größte nur denkbare Aufrüsten des Weltraums aufzuzwingen, das er als „Verteidigungsinitiative" verkaufen läßt.

Der Antikommunismus dieses Präsidenten entspricht dem deutschen Antisemitismus der 30er Jahre; auch damals nahmen viele Hitlers Drohungen nicht ernst. Der Präsident tut alles, um das NATO-Bündnis aufzuteilen in eine amerikanische Sicherheitszone und ein europäisches Risikogebiet. Es mag im amerikanischen Interesse sein, in Europa eine konventionell-chemisch-atomare Kriegsführungskonzeption einzuüben — unser Interesse kann das nicht sein. Diese Politik würden wir nicht überleben!

Ronald Reagan ist das Symbol jener amerikanischen Machtinteressen, die sich gegen unsere Lebensinteressen richten. Wir müssen vor den Augen der Welt, die in diesen Tagen nach Bonn sieht, klarmachen, daß wir mit dieser Politik nicht einverstanden sein können. Der Bonner Regierung wollen wir begreiflich machen, daß sie ihren Verfassungsauftrag, Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, nicht erfüllt, solange sie lakaienhaft abhängig jeden weiteren Schritt der USA in die Unsicherheit mitträgt.

Wir fordern auf, am 4. Mai in Bonn zu einer großen Demonstration für den Frieden zusammenzukommen!

Wir unterstützen die regionalen Initiativen der Stadt Heilbronn und anderer, die aus Anlaß der Reagan-Besuchs den Friedenswillen der Bevölkerung dokumentieren.

Reagan kommt diesmal nicht allein nach Bonn. Die Staatschefs der sieben mächtigsten westlichen Industrienationen halten Anfang Mai ihren „Weltwirtschaftsgipfel" in Bonn ab. Diese sieben Staatschefs dirigieren die Wirtschaft der Welt von über 150 Staaten; sie regieren über Not, Hunger und Elend in der Welt.

Die Bürger der BRD haben an einem Tag über 100 Millionen Mark für Hungernde in Äthiopien zusammengetragen. Das ist sehr viel Geld, aber es ist weniger als die Hälfte dessen, was die Banken dieser sieben Weltregenten allein pro Jahr an Zinsgewinnen aus diesem Land herausholen.

Immer größer werden die Schuldenlasten in den armen Ländern, immer härter die Auflagen der Industrieländer, für den Export zu produzieren und die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Wir begrüßen deshalb die Planung, neben einer Demonstration am 4. Mai in Bonn auch einen Gegengipfel mit einem Tribunal zu veranstalten, auf dem Sprecher der Betroffenen und Opfer der „Weltwirtschaftsordnung" zu Wort kommen sollen. Ihre Anklagen und ihre Vorschläge müssen in aller Welt und endlich auch bei uns bekannt gemacht werden.

Es ist kein Zufall, daß der Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai mit den Daten der Erinnerung an die endgültige Niederlage des Faschismus vor 40 Jahren zusammenfällt. Die Bundesregierung will sich aus diesem Anlaß als ein gehorsames Mitglied des Bündnisses der großen westlichen Staaten und der NATO präsentieren, der sie vor 30 Jahren, am 5. Mai 1955, beigetreten ist. Sie wird bei dieser Gelegenheit vom Frieden reden. Die Wahrheit ist aber, daß 40 Jahre nach Kriegsende bei uns das größte Kriegsarsenal der bisherigen Menschheitsgeschichte konzentriert ist. Das alte Feindbild vom gefährlichen Osten hat die Niederlage überleben können. Eine wirkliche Befreiung vom Militarismus hat nicht stattgefunden.

Aber immer mehr Menschen in der BRD wollen die Politik der Blockkonfrontation, der Militarisierung und der Feindbilder nicht mehr. Immer mehr wollen 40 Jahre nach Kriegsende endlich Aussöhnung mit Osteuropa.

Unsere Aktionen verpflichten alle, die die amerikanische Politik als gefährlich und verbrecherisch ansehen, zu kommen. Wir wollen unsere Entschlossenheit und unser Engagement für Frieden und Verständigung in Europa deutlich machen, im Interesse der ganzen Menschheit.

Erstunterzeichner:
Prof. Dr. Dorothee Sölle, Schriftstellerin und Theologin
Alfred Mechtersheimer, Forschungsinstitut für Friedenspolitik

Reagan kommt nach Hambach — wir auch!

Auch gegen den Besuch Reagans in Hambach wird mobil gemacht. In dem Aufruf dazu heißt es u.a.

Reagan ist auch in der Pfalz nicht willkommen. In der Pfalz lagern bei Fischbach unbekannte Mengen von Giftgas. Ramstein ist die Atombomberbasis der USA, und in Landau befindet sich die strategische Atom- und Kommandozentrale. In Rheinland-Pfalz, bei Hasselbach, wird zudem die Stationierung von Cruise-missiles durchgeführt, was genauso abwegig ist, wie die wahnwitzigen Erweiterungspläne der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz und die Lagerung von Atomminen in Mainz/Finthen.

Reagan steht für die Intervention amerikanischer Soldaten in Grenada und für die Bedrohung der Menschen in Nicaragua. CIA-bezahlte Söldner morden tagtäglich. Deswegen wehren wir uns gegen die Rede von Reagan auf dem Hambacher Schloß, das für die Tradition eines demokratischen Deutschland steht.

Die Gebrüder Grimm stellten 1832 fest, daß es immer „die Absicht der Regenten sei, Haß und Zwietracht unter den Völkern zu erhalten ... und daß nicht eher Glück und Eintracht stattfinden werde, bis die Könige und Regenten alle weggejagt" seien ...

Der Leitgedanke des Hambacher Festes von 1832 war das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Ist der amerikanische Präsident 40 Jahre nach einem Krieg, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben kostete, berechtigt, die Weiterführung der Hambacher Ideen der „deutschen Jugend" ins Gedächtnis zu rufen?

Wir fordern:

1. Sofortiger Abzug aller Pershing-II-Raketen
2. Keine Stationierung von Cruise-missiles
3. Abzug aller Massenvernichtungswaffen aus unserem Land
4. Einstellung der Forschung für Weltraumwaffen
5. Keine weitere Bedrohung Nicaraguas, anderer souveräner Staaten und Befreiungsbewegungen
6. Auflösung der Militärblöcke — bei uns anfangen
7. Abzug aller fremden Truppen
8. BRD raus aus der NATO

Norderstedt

Protest gegen Kriegswerbung

Die Ausstellung „Unser Heer" gehört zum festen Propagandainstrumentarium der Bundeswehr. Gedacht ist sie vor allem, um Jugendliche für das Heer zu begeistern. Die Bundeswehrführung selbst rühmt sich, im letzten Jahr bei Ausstellungen in 14 Städten ca. 1200 Schulklassen mit (28000 Schülern Gesamtbesucherzahl ca. 230000) das Kriegsgerät vorgeführt zu haben. Für 1985 ist in der Zeit von April bis Oktober ein ähnlich umfangreiches Programm geplant.

Bereits am Anfang der Tournee gibt es aber Ärger für die Werbeleute der NATO und der Bundeswehr. Denn in Norderstadt, wo die Ausstellung vom 24. bis 28.4.85 stationiert sein soll, haben sich unter dem Motto „Keine Kriegswerbung in Norderstedt" 12 Initiativen, Parteien und Gruppen zum „Norderstedter Forum" zusammengeschlossen, um die militaristische Propagandawo-



che zu verhindern.

Am 19. März war die Propagandaschau auch Thema in der Norderstedter Stadtvertretung — mit dabei auch viele engagierte Norderstedter Antimilitaristen. Bevor der Antrag der Fraktionen der SPD und der Liberalen Fraktion, die Zustimmung für die Ausstellung „Unser Heer" wieder zurückzuziehen, überhaupt verlesen werden konnte, kam es allerdings zu einem mittleren Aufruhr in der Stadtvertretung. Die CDU, die in der Stadtvertretung die Mehrheit hat, geriet nämlich angesichts der mitgebrachten Transparenten und der Sprechchöre der Zuschauer derart in Aufregung, daß einer ihrer Ratsvertreter auf eine Zuschauerin, die Photos machen wollte, losging und sie verprügelte. Anschließend verließen alle CDUler den Saal und erst nach 10minütiger Beruhigungspause konnte es weitergehen.

Selbstverständlich war die CDU gegen den Antrag der anderen Fraktionen. Ja, sie konterte den Antrag gegen die Ausstellung „Unser Heer" mit der Forderung nach einem ausdrücklichen Bekenntnis der Stadtvertretung zur Bundeswehr und schlug die Übernahme einer Patenschaft für eine Bundeswehrkompanie vor. (Was bei der SPD-Fraktion wiederum als besonders infamer Versuch gewertet wurde, die Sozialdemokraten in die Ecke „vaterlandsloser Gesellen" zu drängen, obwohl sie doch gar nicht gegen die Bundeswehr, sondern nur gegen die Ausstellung seien.)

Wie von den Norderstedter Antimilitaristen nicht anders erwartet, blieb es, dank der CDU-Mehrheit, bei der Befürwortung der Ausstellung durch die Stadtvertretung. Wes Geistes Kind diese Stadtratsmehrheit ist, hatte sich auch schon bei anderen Gelegenheiten deutlich gezeigt. So als im letzten Jahr ein Antrag auf ein „atomwaffenfreies Norderstedt" abgelehnt und gleichzeitig der Beschluß gefaßt wurde, im Norderstedter Rathaus ein Mahnmahl zu errichten, auf dem das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 verewigt werden sollte.

Das Norderstedter Forum wird jetzt in der Ausstellungswoche verschiedene Aktivitäten durchführen, u.a. eine „Platzbesichtigung" am 22./23.4. und eine Demonstration am 27.4.85.

Zu einer Kritik der MLPD am „Krisenbuch" von Schneider/Simon

Wer steht der revisionistischen Theorie nahe?

Anmerkungen zu „Krisen und Klassenkampf" von W. Dickhut

Die MLPD — anerkannte Vorkämpferin gegen den Revisionismus aller Schattierungen — mußte sich im Rahmen ihres ideologischen Kampfes kürzlich wieder einmal, zwecks allseitiger Entlarvung, die KPD vornehmen. Der Anlaß war durchaus ernst. Denn eine Untersuchung des im letzten Oktober im RM-Verlag erschienenen „Krisenbuchs" führte die MLPD zu der vernichtenden Schlußfolgerung: „KPD im Gleichklang mit revisionistischer Krisentheorie" (so der Titel eines ganzseitigen Artikels in der „Roten Fahne" 10/85).



Antirevisionistische Krisentheorie?

Eine Erwiderung auf diesen vernichtenden Schlag fällt uns — zugegeben — ziemlich schwer. Denn unerklärlicherweise haben es die Autoren des RF-Artikels versäumt, uns das Wesen der revisionistischen Krisentheorie, der wir in dem erwähnten Buch aufgesessen sind, zu erläutern. Wir haben uns daher anderswo kundig machen müssen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß man den Kern der revisionistisch/reformistischen Krisenerklärung so verstehen könnte: Die Krise ist wesentlich (oder ausschließlich) Ergebnis einer Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt. Die Kaufkraft der werktätigen Massen reicht nicht aus, um die produzierten Warenmengen zu absorbieren. Die folgerichtige Lösung des Problems: Durch Ausweitung der Massenkaufkraft muß der stockende Warenabsatz wieder in Schwung gebracht und so der Widerspruch zwischen Produktion und Markt aufgehoben werden — zum Wohle sowohl der Werktätigen wie auch der Kapitalisten, die nun wieder verkaufen können).

So weit, so gut. Was ist aber nun die konsequent antirevisionistische Krisentheorie? Weil auch darauf der RF-Artikel, leider, keine Antwort gibt, sahen wir uns zu einer intensiven Beschäftigung mit dem vom MLPD-Theoretiker Willi Dickhut verfaßten Buch „Krisen und Klassenkampf" gezwungen. Zu unserem großen Erstaunen fanden wir jedoch dort auch die Unterkonsumtion der Massen als Ursache für die Krisen benannt. Und nicht nur das. Selbige Unterkonsumtion ist offensichtlich auch der eigentliche — in der marxistischen Theorie vor W. Dickhut unentdeckt gebliebene — Motor der kapitalistischen Akkumulation selbst. „Da die Verwertung des Kapitals an der beschränkten Konsumtion der Bevölkerung ihre Grenze fand, wuchs das in Produktionsmitteln angelegte Kapital (konstantes Kapital) viel rascher und umfangreicher als das in Arbeitskraft angelegte (variable Kapital = Löhne)." (Krisen und Klassenkampf, S. 20)

Vor Willi Dickhut hatte man allgemein angenommen, das relativ schnellere Anwachsen des konstanten Kapitals sei auf die beständig vorangetriebene Entwicklung der Arbeitsproduktivität als unabdingbarem Mittel der Kapitalverwertung zurückzuführen. Man hatte auch angenommen, daß dieser gleiche Prozeß eine Reihe von Widersprüchen entfaltet, die sich etwa im tendenziellen Fall der Profitrate ausdrücken — und daß gerade letzteres nicht ganz unwesentlich für die Erklärung der Krise sei. Denn „soweit die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals, die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion ist (wie die Verwertung des Kapitals ihr einziger Zweck), verlangsamt ihr Fall die Bildung neuer selbständiger Kapitale und erscheint so als bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses; er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung." (MEW, Bd. 25, S. 251 f)

Die Krise — ein Machtproblem?

Aber von diesen Widersprüchen — und gar ihrer konkreten Ausformung in der gegenwärtigen Weltwirtschaft — wird in „Krisen und Klassenkampf" nicht gehandelt; die Profitrate, von der man annahm, sie sei der „Stachel der kapitalistischen Produktion', taucht dort überhaupt nur einmal bei der zusammenhanglosen Aufzählung nahezu sämtlicher „Gesetze des Kapitalismus" auf. Als vielleicht überraschendes Ergebnis der Suche nach der antirevisionistischen Krisentheorie müssen wir also festhalten: „Überproduktionskrisen sind Ergebnis der Widersprüche im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, der rascher wachsenden Produktion von Produktionsmitteln und der beschränkten Nachfrage nach Konsumtionsmitteln" („Krisen und Klassenkampf", S. 152) — wobei ja auch die „rascher wachsende Produktion von Produktionsmitteln" letztlich (siehe oben) auf die begrenzte Massenkaufkraft zurückzuführen ist.

Wenn aber die Krise somit nur ein Marktproblem ist, wie uns die MLPD messerscharf nachweist, warum zum Teufel sollte man sie dann nicht durch Ausweitung der Massenkaufkraft aus der Welt schaffen können? Aber die Auffassung, „man braucht folglich nur die Löhne zu erhöhen, um die Krisen zu beseitigen" — so belehrt und W. Dickhut — ist falsch und opportunistisch. Wir haben es hier mit einer besonders hoch entwickelten Form des dialektischen Denkens zu tun, dem es souverän gelingt, sich auf die Grundlagen der revisionistischen Krisentheorie zu stellen und gleichzeitig die Schlußfolgerungen dieser Theorie zu verdammen. Diese Ausprägung der Dialektik wird uns bei der MLPD noch häufig begegnen.

Zum Beispiel bei der Behandlung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Auch in bezug auf diese Frage macht uns die „Rote Fahne" heftige Vorwürfe. Und entschiedene Selbstkritik ist hier tatsächlich angebracht: Das „Krisenbuch" gebraucht den Begriff der allgemeinen Krise nur einmal zur Kennzeichnung der Gesamtheit krisenhafter Erscheinungen im gegenwärtigen Kapitalismus. Versäumt wurde jedoch eine explizite Auseinandersetzung mit der innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ausgearbeiteten *Theorie* der allgemeinen Krise und insbesondere mit deren Weiterentwicklung durch W. Dickhut.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus wurde in der sowjetischen Theorie seit den späten zwanziger Jahren als eine allseitige Krise des gesamten kapitalistischen Weltsystems aufgefaßt, die mit dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution eingesetzt hätte. Als Grundlage für diese sich ständig vertiefende allgemeine Krise wurde der zunehmende Zerfall des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft bei gleichzeitig wachsender ökonomischer Macht der vom Kapitalismus abgefallenen Länder (sozialistische Länder, befreite Kolonien) angesehen. Das Ausscheiden von immer mehr Ländern aus dem System der kapitalistischen Weltwirtschaft müßte die Marktprobleme für den Kapitalismus dramatisch verschärfen, durch die ständige Verengung der Märkte wiederum zu chronischer Unterauslastung der Betriebe, zu chronischer Massenarbeitslosigkeit, zur Lähmung, bei der Erweiterung des fixen Kapitals usw. führen.

Was für ein Irrtum?

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Entstehung der Volksdemokratien (wodurch die zweite Etappe oder Periode der allgemeinen Krise eingeleitet wurde) sah beispielsweise Stalin auf dem Boden dieser Theorie folgerichtig keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten für den Kapitalismus mehr. (Siehe „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR") Daß „sich Stalin geirrt hat", ist heute auch für W. Dickhut und die MLPD eine klare Sache. An der Theorie aber, die diesem Irrtum zugrunde lag, die alle Probleme der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus letztlich auf die Marktfrage reduzierte und den Markt im wesentlichen mit der individuellen Konsumtion der Massen gleichsetzte — an dieser Theorie muß aber dennoch eisern festgehalten werden. Wieder so ein Fall von schwieriger Dialektik.

Noch komplizierter wird es bei der Weiterentwicklung der Theorie der allgemeinen Krise. Während man in Moskau Ende der fünfziger Jahre feststellte, daß nunmehr der „Weltsozialismus" endgültig zur *bestimmenden Kraft* in der internationalen Arena geworden sei (eine Ansicht, die damals übrigens auch Mao Tsetung teilte) und folglich die dritte Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ausrief, stellt für W. Dickhut umgekehrt die *Entartung* der ehemlas sozialistischen Länder einen so drastischen Ausdruck der Fäulnis des Kapitalismus dar, daß er ebenfalls für die späten fünfziger Jahre die dritte Periode der allgemeinen Krise ansetzt. Das ist aber natürlich nur für ungeschulte und revisionistisch verseuchte Hirne nicht mehr nachvollziehbar. Der besondere antirevisionistische Aspekt dieser Theoriebildung liegt wohl darin, daß die MLPD in Wahrnehmung ihrer Avantgardefunktion inzwischen bereits die vierte Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ausgerufen hat, während die Revisionisten feige und unentschlossen noch an der dritten Periode festhalten.

Fortsetzung auf Seite 12



Fortsetzung von Seite 11

Aber zurück zu Stalins „Irrtum." Warum hat sich der Kapitalismus in der Nachkriegszeit nicht an die Theorie seiner allgemeinen Krise gehalten? Die erste Antwort, die darauf gegeben wurde, lautete: Die Ersatzbeschaffung für Kriegszerstörungen und Nachholbedarf bei der individuellen Konsumtion hätten in der Nachkriegszeit das Marktproblem entschärft. Dieses Erklärungsmuster wurde in der ökonomischen Theorie der RGW-Länder gegen Ende der fünfziger Jahre allerdings wieder aufgegeben, weil es als völlig unzureichend für die Deutung der anhaltenden beschleunigten Akkumulation in den westlichen Ländern erschien.

Neue Antworten wurden im Rahmen der nun entwickelten Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) gegeben. Demnach könnte der Staat durch die von ihm ausgehende Nachfrage (vor allem nach Rüstungsgütern) nicht nur den Mangel an Massenkaufkraft kompensieren. Der Staat wäre darüber hinaus auch zu einer bewußt die Wirtschaftsabläufe regulierenden ökonomischen Instanz geworden, die das spontane Wirken der ökonomischen Gesetze weitgehend einschränken könnte. Dementsprechend wurde in bezug auf den industriellen Zyklus im SMK eine *gesetzmäßige* „Tendenz zur Abflachung des Zyklus" (Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 72, S. 291) festgestellt und behauptet, „daß die direkte zyklische Krise unmittelbar an Umfang und Schärfe in der Tendenz abgeschwächt wird". (ebd., S. 304)

Hochzeit ihrer SMK-Theorie nicht soweit verirrt haben, die Existenz des industriellen Zyklus überhaupt zu leugnen.

Erst intensives Studium von „Krisen und Klassenkampf" konnte auch hier Erleuchtung bringen. War uns bisher gerade die Behauptung als typisch revisionistisch erschienen, der Staat im SMK könne durch seine bewußt regulierende Tätigkeit die spontan wirkenden ökonomischen Gesetze weitgehend außer Kraft setzen, so werden wir jetzt schwer umlernen müssen. Der Staat kann nämlich noch viel mehr, als es sich die SMK-Theoretiker jemals träumen ließen. In der BRD hat er bewirkt: „Aufkommende Krisenerscheinungen konnten so gebremst, beziehungsweise auf die nichtmonopolistische Bourgeoisie und die Werktätigen abgewälzt werden." (Krisen und Klassenkampf, S. 104). Das bedeutet im einzelnen:

- Das Eingreifen des Staates hat in der Nachkriegszeit ganz offenkundig tatsächlich den Krisenzyklus „außer Kraft" setzen können. (Und das konnte Stalin nun wirklich nicht ahnen.)
- Selbst in der Krise von 1974/75 brachte es der Staat fertig, selbige Krise von den Monopolen vollständig fernzuhalten, so daß nur die Nichtmonopole die Talfahrt antreten mußten.

Warum der Staat allerdings in den achtziger Jahren seine segensreiche, krisenabwendende Tätigkeit nicht mehr entfalten konnte — die Krise von 1980/82 „ergriff auch zum Teil Monopolunternehmen" (ebd., S. 106) — wird uns leider nicht erklärt. Und nach wie vor



Soweit die revisionistische SMK-Theorie, die dann die Grundlage für die politische Strategie der antimonopolitischen Demokratie bildete (die in ihren Aussagen über den Krisenzyklus jedoch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1974/75 natürlich revidiert werden mußte). Was sagt nun die antirevisionistische Krisentheorie der MLPD zu den hier aufgeworfenen Problemen? Der prinzipienfest-allseitige Kampf gegen die SMK-Theorie müßte geradezu ein Heimspiel für sie sein. Und natürlich wartet man gespannt darauf, daß wenigstens auf diesem Feld der Gleichklang der KPD mit der revisionistischen Krisentheorie entlarvt wird.

Was reguliert der Staat?

Das geschieht dann allerdings auf eine recht merkwürdige Weise. Im „Krisenbuch" war festgestellt worden, daß der industrielle Zyklus in der BRD eine Dauer von jeweils vier bis fünf Jahren hätte. Der erwähnte Artikel der „Roten Fahne" nun weist nach, daß die gleiche Feststellung auch in dem DDR-Standardwerk „Der Imperialismus der BRD" getroffen wurde. Diese rätselhafte Entlarvung sagte uns — wie wir gestehen müssen — zunächst nicht mehr, als daß sich die Revisionisten selbst in der

haben wir auch große Schwierigkeiten, die „schwankende Stagnation", eine krisentheoretische Spezialität der MLPD, zu begreifen. Dabei hatte bereits Lenin, wie in einschlägigen Publikationen der MLPD ständig angeführt wird, von Krisen gesprochen, denen „mehr oder weniger lange Perioden industrieller Stagnation folgen" (LW, Bd. 24, S. 468)

Es bedurfte mehr als eines halben Jahrhunderts nach diesem entscheidenden Hinweis von Lenin, bis sich in Gestalt von W. Dickhut ein marxistischer Theoretiker fand, der aus dem „mehr oder weniger" eine ausgearbeitete Theorie des Krisenzyklus im Monopolkapitalismus entwickeln konnte. Die oben angeführte krisenabwendende Tätigkeit des Staates bewirkt nämlich, daß an die Stelle des Aufschwungs im Krisenzyklus eine schwankende Stagnation tritt: „Die schwankende Stagnation äußert sich durch Produktions- und Umsatzschwankungen, die um eine Durchschnittslinie pendeln bei nur noch langsamem Wirtschaftswachstum." (Krisen und Klassenkampf, S. 105)

Nun gut, wir haben gelernt, daß der Staat in der Nachkriegszeit über Jahrzehnte hinweg die Krise fortzaubern konnte. Aber wo war dann während dieser Zeit nahezu ungebrochenen Wachstums die schwankende Stagnation, die doch eine „gesetzmäßige Erscheinung" des

Monopolkapitalismus sein soll? Und wenn's gegenwärtig so offensichtlich stagniert, dann will uns auch noch nicht ganz aus dem Kopf, daß die Ursachen dafür weniger in der Staatstätigkeit als vielmehr in der realen Bewegung des Kapitals, in anhaltender Überakkumulation von Kapital, in nach wie vor „unzureichender" Profitrate usw. zu suchen sind. Leider hat uns der Grundkurs in antirevisionistischer Krisentheorie, den wir bei W. Dickhut genommen haben, hier noch keine ausreichende Klarheit verschafft und auch die letzten Vorurteile, die sich aufgrund der Lektüre von K. Marx bei uns festgesetzt haben, nicht beseitigen können.

Das Grundsätzliche aber haben wir durchaus begriffen. Antirevisionistische Krisentheorie ist, wenn man sich fest auf die Grundlagen eben der revisionistischen Theorie stellt, deren praktische Schlußfolgerungen aber ablehnt. Das soll nicht möglich sein? Aber ja doch — die MLPD macht es uns vor. Man muß sich nur weitgehend aus der Politik heraushalten, die prinzipienfeste Abwehrfront gegen jeglichen Kampf um politische Forderungen der Arbeiterklasse (Aussperrungsverbot, Verstaatlichung der Stahlindustrie usw.) aufbauen, dabei energisch den Sozialismus propagieren — dann sind wir bald in der fünften Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Sache läuft von selbst. Beispielsweise so:

„Offensichtlich hat aber (im Streik um die 35-Stunden-Woche — RM) die Zahl derjenigen Arbeiter Massencharakter angenommen, die sich im Verlauf des Streiks dem Einfluß der Reformisten entzogen haben, die klassenmäßig zu handeln begannen, die das gewerkschaftliche Bewußtsein bereits überschritten haben. Auf diese wirkt die Massenagitation und -propaganda der MLPD am stärksten. Diese begannen, sich die Argumente der MLPD zu eigen zu machen, sie zur Höherentwicklung des Kampfes einzusetzen und sich so dem Marxismus-Leninismus zu öffnen. Somit bedeutete der Kampf zugleich einen unverkennbaren Schritt in Richtung eines tatsächlichen Masseneinflusses der MLPD in der Arbeiterklasse ... Darin besteht die neue Qualität in der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter." (RF, 30/84)

Kommuniqué der Partei der Arbeit des Iran

1. Sekretär der iranischen Partei der Arbeit ermordet

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Kommuniqué der Partei der Arbeit des Iran, das diese aus Anlaß der Ermordung ihres 1. Sekretärs durch das Khomeini-Regime herausgab. Unsere Partei teilt die Betroffenheit über diesen Mord und wird Protest erheben.

Mit großem Kummer geben wir das Märtyrertum des Genossen „Baba Pour Saadat", 1. Sekretär der PAI bekannt.

Khomeinis Regime ermordete diesen heroischen Sohn der Arbeiterklasse nach 28monatiger mittelalterlicher Folter am 2. März 85, die seinen Willen und Widerstand nicht brechen konnte.

Der Name des Genossen Baba ist unter den Kommunisten und Revolutionären, die in den Gefängnissen des Schah waren, gut bekannt. Er war ein wertvoller Marxist-Leninist und ein Kämpfer, unablässig aktiv für die Sache des Proletariats. Er war auch eine Figur im nationalen Leben als Meister im Ringen, bei allen beliebt.

Genosse Baba war einer der Gründer der PAI. Vor 17 Jahren schloß er sich der ML-Organisation Toufahn an. 1970 wurde er wegen seines Kampfes in den Kerker geworfen zusammen mit 50 anderen Genossen unserer Organisation und wurde erst sieben Jahre später, nach vielen Folterungen durch die breite Massenbewegung kurz vor der Februarrevolution befreit. Als er in seine Heimatstadt Bojnourd zurückkam, trug man ihn auf den Schultern hinein. Er organisierte die Gewerkschaften von Bojnourd und leitete die 1.-Mai-Demonstration und die Massendemonstration vom 10. Juni 81 zur Verteidigung der Demokratie.

Einem Mordanschlag von Khomeinis Pasdarans entging er mit Hilfe der Partei durch Flucht in den Untergrund, von wo aus er 16 Monate lang weiterkämpfte.

Im Oktober 82 wurde er von den Pasdarans auf der Straße gestellt und nach einem Feuergefecht verwundet festgenommen. Khomeinis Schlächter hofften, da sie ihn lebend gefaßt hatten, darauf, er würde die Geheimstrukturen der Partei verraten — er aber opferte sein Leben und nicht seine Partei.

Genosse Baba wurde vor 44 Jahren als Sohn einer armen werktätigen Familie geboren — und blieb seiner Klasse bis zum Ende seines großen Lebens treu. Er war auf dem zweiten Parteitag der PAI ins ZK gewählt worden — im März 81, im März 82 ins Politbüro und im August 82 zum 1. Sekretär der Partei.

Genossen!

Klagt dieses und die unzähligen anderen Verbrechen des Khomeini-Regimes an, laßt es nicht zu, daß darüber geschwiegen wird!

Mit revolutionären Grüßen

Partei der Arbeit des Iran (Toufahn)

15. März 85

Korrespondenz aus Duisburg

Den Nazis keinen Fußbreit

Wie in Dortmund und Witten kandidiert die ANS/NA-Nachfolgeorganisation FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei) auch in Duisburg zur Landtagswahl. Die Bekanntschaft mit der FAP hatten wir schon im letzten Jahr während der Kommunalwahl gemacht, als sie mit üblen Hetzplakaten Propaganda für sich machte. Aber schon damals blieben die Plakate nie länger kleben, und ihren Informationsstand mußten sie unter Polizeischutz räumen, dafür wurde schon von Duisburger Antifaschisten gesorgt.



Schon lange vor der Landtagswahl haben sich Duisburger Antifaschisten zusammengesetzt, um für das erneute Auftreten der Faschisten gerüstet zu sein.

Die GRÜNEN und die VVN machten dann in der letzten Woche noch eine Informationsveranstaltung zur FAP, auf der dann eine Resolution an den Rat der Stadt Duisburg und den Wahlausschuß verabschiedet wurde, die die Forderung nach Verbot und die Nichtzulassung der FAP zur Wahl zum Inhalt hatte (schon bieder).

Am Freitag, dem 12.4. war dann die Wahlausschußsitzung im Rathaus, um über die Zulassung der Parteien zur Wahl zu beschließen. Ca. 20 Antifaschisten nahmen als Zuschauer an dieser Sitzung teil, in der die Grünen und die Friedensliste einen schriftlichen Antrag zur Nichtzulassung der FAP einbrachten, der dann, wie zu erwarten aus formalistischen Gründen usw. usw. usw. abgelehnt wurde. Besonders ätzend das Verhalten der SPD. Ihr Antifaschismus scheint sich nur auf plakative Äußerungen in den Zeitungen zu beschränken.

Wie in Erfahrung gebracht wurde, sind den Faschisten an den Wochenenden vor der Wahl in fünf Stadtteilen von der SPD-regierten Stadt insgesamt 25 Standgenehmigungen erteilt worden. Für den 13.4. waren die ersten Standgenehmigungen. So machten wir Antifaschisten einen Treffpunkt aus. Ein Informationssystem ermöglichte es uns, bei Auftreten der Faschisten an einem der 5 Punkte der Stadt sofort zu reagieren. Um 9.15 Uhr war dann klar, wo sie auftreten wollten — also nichts wie hin, um sie entsprechend zu empfangen. Sie waren nicht zu verfehlen, hing doch eine Wolke von „Grünen" wie Schmeißfliegen um einen Sch...-haufen um sie herum.

Wir waren ca. 200 Antifaschisten, entschlossen den Faschisten keinen Fußbreit zu überlassen.

Erfreulich viele Schüler und Jugendliche waren unter uns. Erfreulich auch die Reaktion der Bevölkerung; war sie zuerst überwiegend „zurückhaltend" weil „wieder" eine Demo war, waren ihre Sympathien klar auf unserer Seite, als sie hautnah mitbekamen, worum es ging.

Die Bullen waren auch massenhaft (2—3 Hundertschaften) aufmarschiert. Als die Demonstranten „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" skandierten, ließen sich die Grünen auch nicht lumpen, und kassierten die Faschisten ab. — Wer hätte das gedacht? Aber es sind ja Wahlkampfzeiten und da zieht die SPD-regierte Stadt auch mal ihr antifaschistisches Mäntelchen an. Waren doch fast an der gleichen Stelle, wo die Faschisten verhaftet wurden, vor ca. 2 Monaten 70 Teilnehmer einer absolut friedlichen Nicaragua-Demonstration verhaftet worden, zum Teil ED behandelt und stundenlang in der Kälte des Polizeihofes festgehalten worden. Innenminister Schnoor fand das ganz in Ordnung.

Nichts desto trotz wird auch unsere Entschlossenheit mit dazu beigetragen haben, daß den Faschisten kein Fußbreit überlassen wurde. Jetzt kommt es darauf an, auch an den kommenden Wochenenden parat zu sein, die sicherlich nicht immer so glimpflich verlaufen werden.



riefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Les

Falsch

Detlev Schneider gibt in seinem Artikel „Von der Oktoberrevolution zur Neuen Ökonomischen Politik" (Komm. Hefte, S. 130) Lenins Charakterisierung von Trotzki und Stalin falsch wieder. Lenin hat Trotzki **nicht** als „den fähigsten Mann im Zentralkomitee" bezeichnet, wie D. S. schreibt, sondern als den „wohl (russ. pojaoli im Sinne von vielleicht, es kann sein) fähigsten Mann im **gegenwärtigen** Zentralkomitee" (LW 36, 579). Lenin sprach von Trotzkis **„Nichtbolschewismus" (ebenda), und** das ist seine wesentliche politische Charakterisierung, die wiedergegeben werden muß, wenn man über Trotzkis politischen Charakter schreibt. Die Charakterisierung Stalins in Lenins Briefdiktat vom 24. Dez. 1923 (mit Zusatz vom 4. 1. 24) muß im Zusammenhang mit seinem Diktat vom **31. Dez. 23** und den realen Ereignissen, die diesem Diktat vorausgingen und nachfolgten, gesehen werden, dann wird begreifbar, **warum** Lenin Stalin von einer Funktion, die ihm eine „unermeßliche Macht"-Konzentration ermöglicht hatte, ablösen wollte. Für Lenin war Stalin ein „echter Sozialnationalist" (LW 36, S. 594), der gegen seine georgischen Landsleute eine „wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne" (36, 595) vom Zaum gebrochen hatte. Detlev Schneider hat noch nicht einmal den Forschungsstand von Moshe Lewins Untersuchung „Lenins letzter Kampf" (Hamburg 1970) erreicht.

L. E., Stuttgart

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ○ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name ....

Vorname ....

Straße ....

PLZ/Ort ....

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung"
Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Datum: 10 - 12. Mai
Kontaktadresse: AG ZAKT
c/o Susan Naumann
Wartenau 9
2 Hamburg 76

HANNOVER

Demonstration
Samstag, 20. April
Zum Messegelände —
gegen die Präsentation der Türkei auf der Hannovermesse
Abmarschort Freizeitheim Döhren
Veranstaltung
Diskussion über die Beziehung BRD — Türkei — NATO
Freitag, 19. April, 20 Uhr
Pavillon

DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung von KPD und KJD mit Vertretern der sandinistischen Jugend Nicaraguas
Sonntag, 21. April, 15 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt
Vier Vertreter der sandinistischen Jugend informieren über die aktuelle Lage in Nicaragua; Diskussion, Kulturprogramm, Film, Spendensammlung, Gastbeiträge

ZUM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

HAMBURG

Diskussionsveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel
Gemeinsame Veranstaltung von BWK, FAU[R] und KPD
Themen der Diskussion: Weltwirtschaftsordnung, Imperialismus der BRD und IWF
Dienstag, den 23. April, 19.00 Uhr
Schule Bleickenallee, Bleickenallee 1, Altona

HEILBRONN

Am 3. Mai, 20.00 Uhr
Wilhelm-Waiblinger-Haus, Schützenstraße 6
BWK, KPD, Volksfront

HEIDELBERG

Am 29. April, 20.00 Uhr
In den Räumen der KSG, Neckarstadt
BWK, KPD, Lateinamerikakomitee

Ehrungen für Ernst Jünger

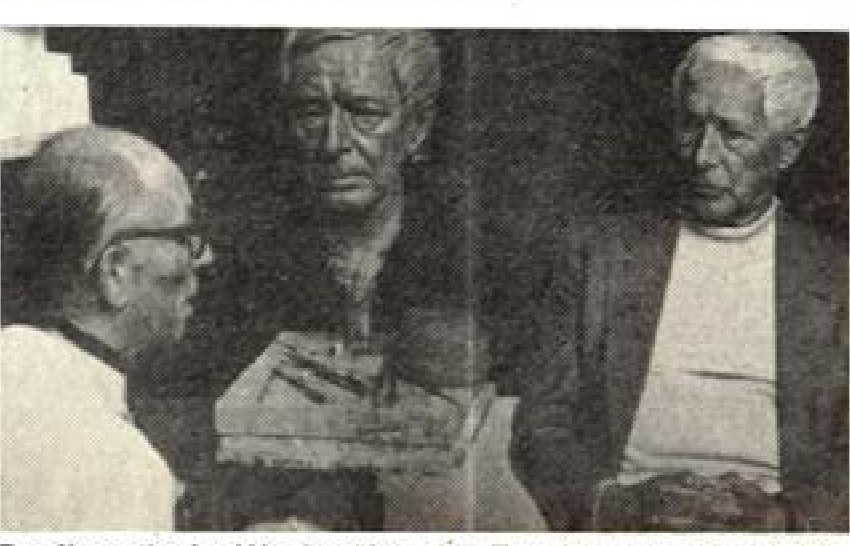
Ein Kriegsverherrlicher wird hoffähig gemacht

Zum 90. Geburtstag des Schriftstellers Ernst Jünger ist Kanzler Helmut Kohl höchstpersönlich zum Jubilar geeilt, hat ihm in aller Form gratuliert, sein Werk gewürdigt und sich gerne mit ihm ablichten lassen. Lothar Späth, als Stellvertreter des Bundespräsidenten hängte dem Autor einen großen Orden um. Ist die Zeit der „Pinscher"-Hetze, der Beschimpfungen a la Stoiber: „Ratten und Schmeißfliegen" vorbei? Haben sich die Bonner Wende-Größen gewandelt und ihr Verhältnis zu Kunst und Kultur — zu Schriftstellern insbesondere überdacht? Weit gefehlt. Die Ehrungen für Ernst Jünger sind eine direkte Fortsetzung der provokatorischen Haltung, der Mißachtung demokratischer und fortschrittlicher Autoren, ein Affront gegen alle kritische Literatur. Mit Ernst Jünger wird ein Kriegsverherrlicher, einer der literarischen Wegbereiter Hitlers geehrt, der es bis heute nicht für nötig hielt, sich von seinen faschistischen Gedankengut zu distanzieren, ein Mann, dem das Führerprinzip mehr bedeutet, als die Demokratie, die er „haßt wie die Pest".

Überraschend ist die Verbeugung Bonns vor dem reaktionären Propheten nicht. Schon vor Jahren begann die Hoffähigmachung Ernst Jüngers. Der reaktionäre ehemalige Marinerichter Filbinger überreichte Jünger 1974 den Schiller-Preis, im Jahre 1982 bekam Jünger von der Stadt Frankfurt den wohl bedeutendsten Kulturpreis der BRD, den Goethe-Preis. Der Goethe-Preis war damals nicht allein das Werk Walter Wallmanns und seiner Mannen in Frankfurt. Zwar haben die Grünen im Römer protestiert, dem hat sich auch die dortige SPD-Fraktion dann angeschlossen — aber Unterstützung hat die Preisverleihung auch in sozialdemokratischen Reihen gefunden, nicht zuletzt Peter Glotz hat sich damals für die Preisverleihung an Jünger stark gemacht.

Der Rote Morgen nannte damals die Preisverleihung *ein politisches Signal, dessen Bedeutung man nicht unterschätzen sollte.* Das hat sich bewahrheitet. Wenn die höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik heute einen Mann wie Ernst Jünger derart demonstrativ ehren können, ohne breiten Protest befürchten zu müssen, muß das ein Alarmzeichen für alle sein, die die Wende im Kulturbereich verhindern wollen.

Im folgenden dokumentieren wird aus dem Artikel des Roten Morgen von 1982 einige Auszüge, die sich mit dem literarischen Werk Ernst Jüngers befassen.



Der literarische Wegbereiter des Faschismus, Ernst Jünger, wird von Hitlers Lieblingsbildhauer Arno Breker modelliert. Zwei „alte Kämpfer", die sich wieder wohlfühlen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 80er Jahre.

Ernst Jünger ist in den 20er Jahren als Autor einer Reihe von Büchern über den ersten Weltkrieg zu zweifelhaftem Ruhm gelangt. Kennzeichnend für diese Werke (die Titel tragen wie „In Stahlgewittern" oder „Der Kampf als inneres Erlebnis") ist die Tatsache, daß Jünger den imperialistischen Weltkrieg nicht — wie das reaktionäre Autoren der älteren Generation getan haben — verharmlost und auch nicht versucht, ihn mit plumper Demagogie politisch zu rechtfertigen.

Jünger schildert die Schrecken der Materialschlachten durchaus minutiös ab. Aber gerade in diesen Schrecken liegt für ihn eine rauschhafte Befreiung von den Normen des bürgerlichen Alltagslebens; der Krieg wird nicht nur zum Ort der Bewährung und Selbstverwirklichung, er wird auch gefeiert als die „klirrende Wiedergeburt des Barbarentums", die alle in Jahrhunderten der menschlichen Entwicklung aufgebauten Werte hinwegfegt und in der sich die Maxime verwirklichen läßt: „Leben heißt töten".

Ein weiteres Merkmal der Jüngerschen Killer-Philosophie ist die Ästhetisierung des Krieges: In der entfesselten Barbarei drückt sich „Schönheit" aus; die Materialschlacht wird zum totalen, höchsten Genuß bewirkenden Kunstwerk. So heißt es etwa in „Feuer und Blut": „Darum laßt uns trinken, und uns in dem, was das Schicksal will, auch noch unseren eigenen, persönlichen Willen sehen. Kameraden erzählt, daß ihr Kerle gewesen seid, da und dort, wo immer wir uns getroffen haben... Und laßt das Bild der großen Schlacht aus dem Rausch aufschießen wie eine blutrote Orchidee, mit goldenen Feuerstreifen geflammt. Das ist ein Kunstwerk, wie es Männern Freude macht. Das müssen wir schon gestalten, das ist für unsere Künstler kein Stoff."

An all diesen starken Erlebnissen kann jedoch nicht die Masse der Kämpfenden teilnehmen. Sie sind einer kleinen Elite vorbehalten, die „vorurteilslos" genug ist, im Blutrausch das oberste Lebensprinzip zu sehen und die damit zur Führung berufen ist. Im Verlauf des Krieges, sagt Jünger in den „Stahlgewittern", sei ihm „immer klarer geworden, daß aller Erfolg der Tat des einzelnen entspringt, während die Masse der Mitläufer nur Stoß- und Feuerkraft darstellt."

Die hier skizzierten Auffassungen hat der jetzige Goethe-Preisträger Jünger in den 20er Jahren mit einer ganz bewußten politischen Stoßrichtung vorgetragen: Der Blutrausch der Fronterlebnisse sollte zur seelischen Grundlage einer Erneuerung Deutschlands werden — unter der Führung einer Killer-Elite vom Jüngerschen Schlage selbstverständlich. Und Ziel dieser Erneuerung sollte nicht zuletzt die Revanche sein, die Neuauflage des imperialistischen Weltkrieges. (...)

Jüngers Wandlung, auf die sich heute die Preisverleiher berufen, bestand darin, daß er nun die besondere Form des Hitler-Faschismus „kritisierte" — sieht man sich diese Kritik jedoch einmal näher an, dann schauen doch allzu deutlich die alten Anschauungen wieder hervor. Der Faschismus nämlich wird als ein „fürchterlicher Pöbelaufstand" gedeutet, und die Schuld an seinem Aufkommen wird der Demokratie und dem Liberalismus zugeschoben, die ihm durch das Einebnen der naturnotwendigen Hierarchien den Weg geebnet hätten.

Also immer noch die Haltung eines Mannes, der früher einmal offen heraus gesagt hatte, er hasse die Demokratie wie die Pest. Und der nun — den aktuellen Bedingungen angepaßt — ausgerechnet eine solche Position als Antifaschismus verkaufen will. Natürlich hält Jünger auch weiterhin an seinem ultrareaktionären Elitedenken fest — nur schildert er die zur Macht berufene Führungsschicht in seinen Nachkriegswerken nicht mehr als faschistischen Kriegerbund, sondern verleiht ihr die unverfänglicheren Züge eines von den geschichtlichen Bedingungen losgelösten Feudaladels.

Auch das Führerprinzip wird entsprechend abgewandelt, so etwa im „Waldgang", wo es heißt: „Trotzdem verlieren die Völker nie die Hoffnung auf einen Dietrich, einen neuen Augustus — auf einen Fürsten, dessen Auftrag sich durch eine Konstellation am Himmel ankündigt." Aus dem Adolf, den einst die „Vorsehung" dem deutschen Volk bescherte, ist auf diese Weise ein ganz „harmloser" Dietrich geworden. (...)

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.